Einzelpreis 70 Heller.

[illegible] nám. 32.
Tel. [illegible]795,
nachts 6797.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Havlíčkovo nám. 32.
Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

1091
Ap dio

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . „ 96.—
ganzjährig . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. Mittwoch, 16. Mai 1923. Nr. 112.

Im Namen der Freiheit...

Es war zu erwarten, daß die Anwesenheit des „Siegers im Weltkrieg" in Prag der nationalistischen Eitelkeit ein schmackhaftes Leibgericht abgeben wird. Aber nicht nur, daß der Besuch des Marschalls dieser Eitelkeit Gelegenheit gab, sich wie ein Pfau aufzuplustern, auch für Madame Heuchelei sind wahre Festtage gekommen. Wenn schon vorher Herr Udržal, der Minister für nationale Verteidigung, Foch als den „größten Pazifisten der Gegenwart" feierte, so kann man die stümperhafte Benützung der Schablone der monarchistischen Terminologie, die in dieser Aeußerung sich ausdrückt, mit einem Lächeln quittieren. Herr Udržal plagiiert die Komplimente, mit denen sich die Monarchen und ihr Staatsmänner früher bei ihren Zusammenkünften überhäuften und er plagiiert schlecht. Aber sein rauhes Kriegertum versteht es eben nicht besser. Aerger wird schon die Sache, wenn der Abgeordnete Viktor Dyk in den „Narodni Listy" poetisch wird und in einem „Gedicht" vom Marschall Foch deklamiert, er sei zur Zeit des Krieges der Repräsentant des Geistes gegen den Stoff, die Masse und die rohe Kraft gewesen. Seitdem Wilson und seine vierzehn Punkte auf der Friedenskonferenz Schiffbruch erlitten haben und dem französischen Militärimperialismus erlegen sind, haben ihn und seine „Phantastereien" auch die tschechischen Patrioten zum alten Eisen geworfen. Nur ein paar Gassen-, Plätze- und Bahnhofsnamen zeugen von seiner entschwundenen Pracht — seine Ideen vom Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund sind, nachdem sie ihren Dienst für die neuen Machthaber getan, entweder eingesargt oder verfälscht worden. Aber der Imperialismus von heute mag nicht nackt gehen und so bedient er sich wenigstens zur Bemäntelung der Phraseologie vom „Geiste", der über den „Stoff", die „rohe Kraft" und die „Hunnenscharen Attilas" gesiegt habe. Und Foch ist der Held dieses Geistes. Wie aber dieser „Geist" bestanden hätte, wenn Amerika im Kriege den Alliierten außer Soldaten nicht den „rohen Stoff", ungezählte Tonnen von Munition, Geschütze, Getreide und Fleisch geliefert hätte, darüber macht sich die Masse der Gedankenlosen, die Fochs Geist zu feiern kamen, zum Glück keine weiteren Gedanken.

Der großen Worte wurden noch mehr verpulvert. Diejenigen, welche sich darüber Besorgnisse machen könnten, daß der Besuch Fochs bei uns nichts gutes bedeute, werden damit zu beruhigen gesucht, er sei Befreier der tschechischen Nation und habe geholfen, den tschechoslowakischen Staat zu schaffen. Die Leichtgläubigkeit und Naivität wird, wie beabsichtigt ist, daraus heraushören, Foch und mit ihm das militaristische Frankreich überschäumten, als sie sich der tschechoslowakischen Legionen und der Auslandsrevolution gegen Oesterreich bedienten, in purer Liebe zu den Tschechen und Slowaken und es habe ihn und Frankreich nie ein sehnlicherer Wunsch beseelt, als den kleinen Nationen zur Freiheit zu verhelfen. Foch selbst scheint zu wissen, mit wem er es zu tun hat, darum erzählt er bei den Empfangsfeierlichkeiten: „Vor allem aber verteidigten wir die Sache der Freiheit". Und weiter: „Wir wußten, daß wir, wenn wir unsere Fahnen durch Siegessturm zum Rhein getragen haben, die Unabhängigkeit aller unterdrückter Völker erringen." Die Senegalneger, welche dabei mithalfen, werden auf die Kulturmission, die sie in Europa verrichten, nicht wenig stolz sein! Dann versicherte Foch noch: „Wir stehen an Ihrer Seite, um die Freiheit zu verteidigen". Das sagt der Herr Foch im selben Augenblicke, da seine Soldaten am Rhein und an der Ruhr mit Bajonett und Gewehrkolben gegen wehrlose, unbewaffnete Arbeiter wüten, da jeder, der dort für die Befreiung seiner Heimat von der unerträglichen Herrschaft der militärischen Gewalt wirkt, vor das Kriegsgericht gestellt, aus der Heimat hinausgetrieben oder in den Kerker geworfen wird, und da die über die Zivilbevölkerung aufgerichtete Justiz zur schamlosen Dirne des Militarismus geworden ist! Man kann die eiserne Stirne nur bestaunen, deren Träger, zur gleichen Zeit, da solches geschieht, im Namen der Freiheit zu sprechen unternimmt!

Nie hat sich noch die Abhängigkeit des Staates — dem sonst, wenigstens äußerlich, Herr Dr. Benesch den Charakter eines gegen Deutschland neutralen zu geben sucht — die Abhängigkeit unserer äußeren Politik von den Wünschen Frankreichs so deutlich geoffenbart, wie in diesen Tagen. Foch macht selber kein Hehl daraus, daß er sich gewissermaßen nicht nur als der Generaltruppeninspektor, sondern geradezu als Höchstkommandierender der tschechoslowakischen Armee fühle. Nicht nur daß er erklärte: „Wenn die Tschechoslowakei sich auf Frankreich verlassen kann, verläßt sich auch Frankreich bei Verteidigung der Freiheit ebenfalls auf die Tschechoslowakei", was so viel bedeutet, als: wenn Frankreich auf den Wegen seiner abenteuerlichen, unfriedenstiftenden und herrschsüchtigen Politik in kriegerische Verwicklungen gerät, so hat die Tschechoslowakei zu marschieren — Herr Foch maßt sich auch an, der Tschechoslowakei über die Größe der Armee geradezu Vorschriften zu machen. In einem Trinkspruch bei einem der vielen Festessen sagte er, dem tschechoslowakischen Volke dürfe für die Armee kein Opfer zu groß sein: „Hier unverhältnismäßig sparen zu wollen, ist immer bedenklich (Wohl für den französischen Imperialismus. Anm. d. Red.) und kann verhängnisvoll werden. Eine Armee schlecht ausgerüstet in den Kampf zu senden, bedeutet, sie auf die Schlachtbank zu schicken. Die Armee ist die Garantie der Freiheit". Also nur nicht sparen, auch wenn die Bevölkerung und der Staat daran verbluten! Wenn das Volk darüber zugrunde geht, es bleibt ihm ja noch die „Freiheit", nämlich die Freiheit, zu tun, was Frankreich befiehlt. Herr Foch findet es bedenklich, eine Armee schlecht ausgerüstet in den Kampf zu schicken, aber wer will sie denn überhaupt in den Kampf schicken? Foch natürlich, der im Auftrage der französischen Machthaber zu uns gekommen ist, um, je mehr sich ihr Verhältnis gegen England zuspitzt, wenigstens die kleinen Bundesgenossen der französischen Machtpolitik militärisch vorzubereiten, auf daß sie helfen, deren Herrschgelüste zu befriedigen! Darum blickt Herr Foch „voll Vertrauen auf die Zukunft der tschechoslowakischen Armee, welche auf fachlicher Ausbildung und technischem Geiste begründet ist, der sich immer weiter entwickeln muß". Wir haben also noch zu wenig Soldaten, noch zu wenig Geschütze und Flugzeuge, es müssen noch mehr werden! Foch will es! Während die besiegten Staaten immer mehr entwaffnet werden, begnügt sich Frankreich nicht damit, ein eigenes ungeheueres Heer zu erhalten, es zwingt auch die kleinen Staaten, die ihm infolge der Gewaltfriedensverträge zur Ergebenheit und Gefolgschaft verpflichtet sind, zu Rüstungen, weil dies sein Eroberungsprogramm so notwendig macht.

Man weiß, von welchen Anschauungen Frankreich ausgeht: eines Tages könnte Deutschland, dessen Lebensadern es tödlich getroffen hat, zu den Waffen greifen! Für diesen braucht es Hilfe. Alle Sicherheitsgarantien erscheinen Frankreichs Machthabern nicht verläßlich genug, obwohl es sich sagen müßte, daß die besten und einzigen Sicherheitsgarantien darin liegen, mit Deutschland ein bindendes und alle Teile zufriedenstellendes Bündnis herzustellen, was allerdings ein verständiges, großmütiges und vollständiges Einvernehmen der beiden Staaten voraussetzt. Weil Frankreich nun in seiner exaltierten Verblendung dieses Einvernehmen nicht nur nicht sucht, sondern durch seine Gewaltpolitik die Atmosphäre des Hasses immer mehr vergiftet, sollen Polen und die Tschechoslowakei bereit stehen, um Deutschland im gegebenen Augenblicke im Rücken anzufallen. Und das alles nennt Foch: die Freiheit verteidigen!

Zum Glück gibt es auch bei uns noch Leute, die nicht von Freiheit und Frieden flunkern, sondern die die Sache, um die es geht, beim richtigen Namen nennen. Ein solcher Wahrheitsfanatiker veröffentlichte am Sonntag in der „Narodni Politika" ein Begrüßungsgedicht für Foch, das mit dem Gerede von dem größten Pazifisten und dem Freiheitsapostel gründlich und poetisch aufräumt. Da heißt es: „Nun vorwärts! Kein Zurück! Laß die Flügel nicht sinken, Frankreichs Adler! Wir wollen Dich sehen am Rhein, in Berlin, in Prag, in Wien, in Pest! Und am schönsten wäre es, wenn wir uns in Moskau die Hände reichen könnten!" Das sind wahre Herzenstöne! Das klingt anders, als das schlappe Gesalber von Pazifismus und Freiheit! Marschall Foch kann zufrieden sein: man weiß in Prag, auch wenn er in den Artikeln Freiheit und Frieden zu reisen vorgibt, welche Mission er erfüllt!

Die russische Antwort für England unbefriedigend.

London, 15. Mai. (Reuter.) Bei Durchberatung der englisch-russischen Beziehungen im Unterhause hob Mac Neill die Unzulänglichkeit der russischen Antwort hervor. Sollte Krassin ein Interview mit Curzon wünschen und wenn er nach diesem Interview sich zwecks Einholung von Instruktionen mit Moskau in Verbindung setzen wollte, so könnte der befristete Termin der britischen Note in vernünftiger Weise verlängert werden. Man dürfe aber nicht voraussetzen, daß wir uns durch etwas geringeres zufriedenstellen lassen, als durch Erfüllung unserer Forderungen.

* *

Die russische Note.

London, 14. Mai. (Tsch. P.) „Evening Standard" zufolge verlautet von maßgebender Seite, daß Krassin in London bei seinem dortigen Besuche den Endzweck verfolgt, die Aufhebung des englisch-russischen Handels-Abkommens zu verhindern. Die Antwort der russischen Regierung ist gestern abends bei Lord Curzon eingegangen. Es ist ein überraschend höfliches Dokument. Heute nachmittags findet eine Kabinettssitzung zur Erwägung der russischen Note statt. Die Note zeigt keinerlei Wunsch seitens der Sowjetregierung, das Handelsabkommen aufzuheben oder die englisch-russischen Beziehungen abzubrechen. Sie schlage eine Konferenz zur Erörterung der gesamten Fragen der englisch-russischen Beziehungen vor. Vom Blatte zufolge kann nicht stark genug hervorgehoben werden, daß, obwohl die britische Note eine Zeitgrenze von zehn Tagen für die Antwort von Moskau vorsehe, dies keineswegs bedeute, daß am nächsten Freitag die Beziehungen gelöst oder das Handelsabkommen abgebrochen würde.

Antifascistische Kundgebungen in Süditalien.

Mailand, 14. Mai. In Messina, Catanio, Palermo, Reggio und in Calabrien kam es in den vergangenen Tagen und heute zu großen antifascistischen Demonstrationen, welche als Protest gegen die lokalen fascistischen Sektionen angesehen werden, die sich des Terrors schuldig gemacht haben. Deputierter Pellegrino wurde verhaftet, jedoch über Auftrag der Regierung wiederum in Freiheit gesetzt. Die Demonstranten tragen als Abzeichen Münzen mit dem Bilde des Königs, um auf diese Weise die Dynastie dem Fascismus entgegenzustellen. Die amtliche Meldung besagt, daß die Regierung und die fascistischen Führer es verhüten werden, daß die künstlich hervorgerufenen Demonstrationen die Dynastie vom Fascismus abbringen und hiedurch die Rechte der fascistischen Revolution schädigen. Die Demonstrationen trugen lediglich einen lokalen Charakter und ihre Ausbreitung wurde durch das rechtzeitige Einschreiten der Polizei vereitelt.

Eine Hetze gegen die deutschen Arbeiter.

Der gestrige Leitartikel des Zentralorganes der tschechischen Sozialdemokraten ist betitelt: „Eine schwere Anklage". Es wird da erzählt, daß am 29. April in Hasselbach in Westböhmen eine Konferenz der tschechischen Minderheiten stattgefunden habe und daß Delegierte dieser Konferenz vor einigen Tagen in Prag bei den Regierungsstellen vorgesprochen und erzählt haben, wie schlecht es den tschechischen Minderheiten in Westböhmen gehe. Die deutschen Kapitalisten benützen die Wirtschaftskrise zu massenweisen Entlassungen tschechischer Arbeiter, die arbeitslosen Tschechen können im „verdeutschten" Gebiete keine Beschäftigung mehr finden und müssen ins tschechische Gebiet zurückwandern, so daß „unsere Grenzgebiete in kurzer Zeit ganz deutsch sein werden." Durch die allerletzten Entlassungen im Falkenauer Kohlenrevier seien 120 tschechische Schulkinder aus dem dortigen Gebiet abgewandert, in Zwodau, wo es im Jahre 1910 240 tschechische Kinder gab, gibt es heute kaum 70, in Littwitz waren vor dem Kriege 48 tschechische Schulkinder, jetzt nur 15. „Wird es in diesem Tempo weitergehen, muß eine tschechische Minderheitsschule nach der anderen gesperrt werden". Die durch die Krise betroffenen tschechischen Arbeiter finden nun, schreibt das „Pravo Lidu" weiter, keinen Schutz. Wenn sie um Arbeitslosenunterstützung ansuchen, werden sie von der Gendarmerie schikaniert und die politischen Behörden haben kein Verständnis für die traurige Lage der tschechischen Arbeiter. Die Beamten bei den politischen Behörden seien Deutsche und deshalb sei es notwendig, daß bei allen politischen Behörden gute und zuverlässige Tschechen über die in Betracht kommenden Fragen entscheiden."

Ueber das Unverständnis, das die politischen Behörden den Bedürfnissen der Arbeitslosen gegenüber an den Tag legen, ist weiter kein Wort zu verlieren. Wir haben darüber schon oft und oft geschrieben, haben die krassen Fälle jedesmal aufgezeigt, die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes, die parlamentarischen Klubs der deutschen sozialdemokratischen Partei haben immer und immer wieder die Regierung auf diese Uebelstände aufmerksam gemacht und es könnte uns nur freuen, wenn die tschechische Sozialdemokratie, also eine Regierungspartei, nach deren Methoden dieser Staat verwaltet wird, zu der Erkenntnis der von uns längst aufgezeigten Mängel käme. Eine gefährliche und für eine sozialistische Partei geradezu ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen leistet sich aber das „Pravo Lidu" dadurch, daß es die tschechischen Arbeiter als die alleinigen Opfer sowohl der Wirtschaftskrise als auch aller behördlichen Schikanen und alles bürokratischen Unverständnisses darstellt. Die deutschen Arbeiter in den Grenzgebieten dieses Staates leiden natürlich genau so unter Wirtschaftskrise und Amtsschikanen wie die tschechischen. Nach einer Erhebung einer tschechoslowakischen Behörde, nämlich des Revierbergamtes in Karlsbad, war das verhältnismäßige Ergebnis bei den Entlassungen in der letzten Zeit bei den Tschechen 18 bis 19 Prozent, bei den Deutschen 20 bis 23 Prozent, also das gerade Gegenteil von dem, was das „Pravo Lidu" behauptet. Und was die verständnislosen Behörden der Republik betrifft, so wollen wir nur feststellen, daß der Karlsbader Bezirkshauptmann, von dem auf der vorerwähnten Konferenz in Hasselbach gesagt wurde, „daß ihm die Interessen der Kapitalisten näher liegen als die Interessen der Arbeiter", ein waschechter Tscheche ist und der Referent der Falkenauer Bezirkshauptmannschaft für die Fragen der Arbeitslosenunterstützung gleichfalls der tschechischen Nation angehört. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie aber verschweigt entweder diese Tatsachen oder stellt sie bewußt auf den Kopf, weil es sich ihm, wie wir gleich zeigen werden, um ganz andere Dinge handelt!

Schuld an den katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen in den Randgebieten trägt nämlich in erster Linie die Regierung, also mit ihr die tschechische Sozialdemokratie selbst. Wenn in diesem von der Natur gesegneten Gebiete das gesamte wirtschaftliche Leben stillsteht, wenn im Falkenauer Revier statt, wie vor zwei Jahren 14.000 jetzt nur 7000 Arbeiter tätig sind, wenn ein Betrieb nach dem anderen geschlossen wird und in den übrigbleibenden Betrieben nur drei, höchstens vier Tage in der Woche gearbeitet wird, so hat das seinen Grund mit darin, daß die Regierung sich hartnäckig weigert, die Kohlensteuer herabzusetzen, daß sie die hohen Tarife nicht ermäßigen will (von Hamburg nach München wird um denselben Preis ein Waggon Kohle befördert

wie von Falkenau nach Eger), kurz, daß sie durch ihre ganze Finanzpolitik die Behebung der Wirtschaftskrise direkt unmöglich macht. Daran tragen die tschechischen Sozialdemokraten, die es sich in den Nachrufen auf Raschin obendrein als Verdienst anrechneten, die im Interesse des Finanzkapitals vollführte staatliche Wirtschaftspolitik unterstützt zu haben, ihr gerüttelt Maß von Schuld. Sie wollen es jedoch ihren tschechischen Arbeitern in Nord- und Westböhmen gegenüber nicht einbekennen und daher lenken sie nach bewährtem Muster die Aufmerksamkeit der Arbeitslosen ihrer eigenen Nation und Partei — auf das nationale Gebiet. Die eigenen Sünden wollen sie verdecken, indem sie ein nationales Feuerchen anzünden und aus dem Kampfe gegen die Wirtschaftskrise einen nationalen Kampf machen.

Das ist aber noch nicht das ärgste. Eine noch größere Versündigung am Sozialismus und an seinem Programm, am Geiste der Arbeiterbewegung ist es, wenn das „Pravo Lidu" alle diese Dinge zu einer besonderen Hetze gegen die deutschen Arbeiter benützt. Es schreibt, daß auf einzelnen Schächten und in manchen Fabriken (im Egerland!) kein Tschecke angestellt sei und daß, wenn Arbeiter wieder eingestellt werden, dies nur Deutsche sind. „Bei den Ansuchen um Arbeitslosenunterstützung" — so läßt sich das Blatt vernehmen — „werden die tschechischen Arbeiter von der Gendarmerie und den Gemeindeämtern schikaniert und es wird ihnen oft die Unterstützung verweigert; demgegenüber gibt es viele Fälle, wo vermögende Deutsche, Besitzer von Häusern, Gewerben und Ansiedlungen Arbeitslosenunterstützung ohne weiteres bekommen, ohne daß sie darauf Anspruch hätten." Das heißt mit anderen Worten, daß die deutschen Arbeiter in den Randgebieten die Arbeitslosenunterstützung bekommen, selbst wenn sie nach dem Gesetze keinen Anspruch darauf haben, daß aber die tschechischen Arbeiter keine Unterstützung bekommen, obwohl sie den gesetzlichen Anspruch haben. So etwas wagt das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie zu sagen, angesichts der förmlich mit dem Zwange eines unerbittlichen Naturgesetzes immer wiederkehrenden, in der ganzen Welt bekannten Not gerade des Erzgebirges und der Grenzgebiete überhaupt, angesichts des industriellen Charakters des von den Deutschen bewohnten Gebietes, der es mit sich bringt, daß das deutsche Volk, das in der Hauptsache ein Volk von Arbeitern in diesem Staate ist, unter Wirtschaftskrise und verfehlter Wirtschaftspolitik der Regierung am meisten leidet! Statt daß die tschechischen Sozialdemokraten allen Arbeitern in dieser schweren Zeit dadurch helfen würden, daß sie Schulter an Schulter mit uns das soziale Unverständnis der Behörden zähe bekämpfen, statt daß man jeden Fall von Schikanen eines die Arbeitslosenunterstützung Heischenden an den Pranger stellt, kurz, daß man die Interessen der Gesamtarbeiterschaft gegenüber dem von der Bourgeoisie beherrschten und von ihr geistig beeinflußten bürokratischen Apparat vertritt, weiß das „Pravo Lidu" nichts besseres, als von einer Bevorzugung der deutschen Arbeiter gegenüber den tschechischen zu reden, wozu in diesem Staate schon wirklich viel Phantasie gehört. Unter solchen Umständen braucht man sich weiter nicht zu verwundern, wenn man noch vernimmt, daß das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie den tschechischen Kapitalisten empfiehlt, Betriebe in den Randgebieten zu gründen, damit den tschechischen Arbeitern geholfen werde! Also nicht mit den deutschen Arbeitern gegen die Kapitalisten beider Nationen, gegen die von der Bourgeoisie diktierte Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates, sondern mit den tschechischen Kapitalisten gegen die deutschen Arbeiter, die bei der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung angeblich so überreich bedacht werden.

Die tschechischen Sozialdemokraten mögen in ihrer Koalitionspolitik, in das Bündnis mit den besitzenden Klassen ihrer eigenen Nation noch so sehr eingesponnen sein, sie mögen noch so sehr die Grundsätze sozialistischer Politik zugunsten ihrer augenblicklichen taktischen Bedürfnisse „verbessern", daß ihnen gar nicht ins Bewußtsein kommt, wie sehr sie sich an den Interessen der Arbeiter und an der Internationale versündigen. Aber dann mögen sie doch wenigstens darüber nachdenken, ob wir deutschen Sozialdemokraten in der Zeit des alten Oesterreich, wo wir in die Staatsverwaltung nicht im entferntesten so viel dreinzureden hatten wie die tschechischen Sozialdemokraten, die in der Exekutive des Staates sitzen, jemals die Not der deutschen Arbeiter zu einer Hetze gegen unsere tschechischen Klassengenossen benützt haben. Wir haben den deutschen Kapitalisten, die politisch die geschworenen Nationalisten sind, vorgeworfen, daß sie tschechische Arbeitskräfte in ihren Dienst stellen, sobald diese billiger sind als die deutschen, um diesen sogenannten Deutschnationalen die Maske von Gesichte zu reißen. Aber wir haben alles daran gesetzt, um die tschechischen Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren und sie in eine Schlachtreihe zu stellen mit uns, die internationale Front der Arbeiter gegen die Kapitalisten aufzurichten. Was aber die tschechischen Sozialdemokraten hier machen, geschieht wohl zum Schaden der deutschen Arbeiter, aber nicht minder zum Schaden der tschechischen und am allermeisten zum Verderben der tschechischen Sozialdemokraten. Denn je mehr diese ihre eigenen Anhänger national verhetzen, ihr Klassenbewußtsein trüben und ihr nationales Bewußtsein aufstacheln, desto mehr bereiten sie der nationalistischen Reaktion den Boden vor, desto stärker werden die Angriffe einer übermütigen Bourgeoisie auf die Freiheiten und Rechte nicht nur der kommunistischen und deutschen, sondern aller Arbeiter.

Unser Steuersystem.

Debatte in der Abgeordnetenkammer.

Wider alles Erwarten brachte die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, die bloß als eine formale gedacht war, eine nicht ganz uninteressante Aussprache über das herrschende Steuersystem und die Notwendigkeit seiner Neuregelung. Den Anlaß hiezu bot der erste Gegenstand der Tagesordnung, nämlich das Gesetz über die Erleichterungen bei der Zahlung der allgemeinen Erwerbsteuer für das Jahr 1923. Nachstehend der Bericht:

Der Berichterstatter des Budgetausschusses Abgeordneter Dr. Engliš (tschechischer Nationaldemokrat) wies darauf hin, daß in unserem Steuersystem

zwei Steuergruppen

zu unterscheiden sind. Die eine ist elastisch und vermag sich selbständig den veränderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen, die zweite kann dies nicht und muß daher auf gesetzlichem Wege geändert werden. Ein Typus der ersten Gruppe ist die elastische Warenumsatzsteuer, die sinkt, wenn die Preise sinken und steigt, wenn die Preise steigen. Sie paßt sich also selbst an. Hingegen hat zum Beispiel die Erwerbssteuer zumindest so, wie sie bei uns gehandhabt wird, nicht diese Anpassungsfähigkeit. Redner bespricht dann eingehend die Entwicklung unseres Steuerwesens, das in Zeiten der guten Konjunktur gut funktionierte, aber im Jahre 1922, welches im Zeichen der deflationistischen Politik, also im Zeichen der Wirtschaftskrise, gestanden ist, unhaltbar wurde. Die Voraussetzung, daß man auf Grund der Geschäftsergebnisse der Jahre 1921 die Erwerbssteuer für das Jahr 1923 festsetzen wird können, ist nicht eingetreten und die Durchführung des aus dem Jahre 1922 stammenden Gesetzes wäre nicht nur ungerecht, sondern könnte die Folgen der Krise so verschärfen, daß die

Katastrophe zahlreicher Betriebe

herbeigeführt werden könnte. Es wurde daher von vielen Seiten nach einer zweckmäßigen Aenderung der Zahlung der Erwerbssteuer gerufen und auch im Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Medinger einen diesbezüglichen Antrag überreicht. Die Regierung legt nun dem Hause einen eigenen Gesetzantrag vor, welcher der allgemeinen Lage gerecht werden soll. Nach dieser Vorlage soll die maximale Steuerbemessung nach den Geschäftsergebnissen des Jahres 1922, da schon die Krise herrschte, und nicht nach den Ergebnissen des Jahres 1921, da eine gute Konjunktur vorherrschend war, erfolgen. Aber diese Maßnahme erfolgt nicht generell, weil die Regierung vom Standpunkt ausgeht, daß nicht alle Betriebe von der Krise erfaßt wurden. Die Reduktion soll nicht mehr betragen als die Hälfte der rechtsgültig vorgeschriebenen Steuern für Jahr 1923 ergab. Dr. Engliš meint dann, daß man sich bisher nur mit Arbeiterfragen befaßt hätte, aber daß man die Frage des Mittelstandes übersehen hätte (?) und schließt:

Sollen wir aus der jetzigen Krise herauskommen, ist es nicht möglich, ein 20 Milliarden-Budget bei einer Valuta von 16½ Centimes zu erhalten.

Abgeordneter Horak (tschechische Gewerbepartei) weist auf die Unhaltbarkeit des heutigen Steuersystems hin und sagt, daß nicht genügend Verständnis vorhanden sei. An der Wirtschaftskrise sei auch das Steuersystem schuld. Dem Mittelstand müsse wieder Zufriedenheit eingeflößt werden. Redner urgiert die Reform der Steuerverwaltung und die Durchführung der Steuerreform, von der er die Gutmachung aller an den Gewerbetreibenden verübten Sünden erwartet.

Abgeordn. Bubnik (Kommunist) reagiert auf die Ausführungen Dr. Engliš, der erklärte, daß die Grundlage des heutigen Wirtschaftssystems der sogenannte Mittelstand sei, und daß es nötig sei, die Sozialpolitik der Arbeiter und des Mittelstandes zu unterscheiden. Bubnik bemerkt, daß der Standpunkt der Sozialpolitik von der Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der sozial schwächsten Klasse ausgehen muß. Die Steuerbelastung der wirtschaftlich Schwachen steigt in der letzten Zeit, was Redner an Hand von Ziffern nachweist.

Abgeordneter Dr. Medinger (parteilos) erklärt, es sei unbillig, als Grundlage für die Besteuerung der Industrie das Jahr der höchsten Konjunktur zu verwenden. Die Erleichterung, welche durch den vorliegenden Gesetzantrag gewährt wird, bezeichnet Redner als gering und hinter den Wünschen der Industrie zurückbleibend. Er stellt jedoch fest, daß der vorliegende Antrag einen praktischen Fortschritt bedeutet und empfiehlt aus diesem Grunde dessen Annahme.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Dr. Engliš wird die Vorlage in erster Lesung angenommen.

* * *

Das Haus schreitet sodann noch zur Abstimmung über die Verstaatlichung der Buschtiehrader Bahn, welche mit den Stimmen der Mehrheitsparteien und der Kommunisten und gegen die Stimmen aller deutschen Parteien zum Gesetz erhoben wird. Die Abänderungsanträge des Abgeordneten Genossen Pohl, sowie der Abgeordneten Kallina (deutschnational) und Kříž (Kommunist), für die die gesamte Opposition die Hand erhebt, werden von der Majorität abgelehnt. Nach einigen zweiten Lesungen wird die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen werden. Wie Präsident Tomašek erklärte, dürfte diese Einberufung in die erste Hälfte des Monates Juni fallen.

Es wird nun in der Koalition über das Programm der kurzen Junitagung beraten werden, und es wird wohl in diesen Beratungen bereits die Hand des Ministerpräsidenten Schwehla zum Vorschein kommen. In der ersten Junisitzung soll die Sozialversicherung dem Abgeordnetenhause vorgelegt und dem sozialpolitischen Ausschuß zugewiesen werden, von dem es noch nicht sicher ist, ob er die Vorlage noch im Sommer oder erst im Herbst verhandeln wird. Außerdem sollen im Juni die Novellen zum Gesetze über die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachssteuer vom Parlamente beschlossen werden.

* * *

Der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses hielt gestern eine Sitzung ab, in der Abgeordneter Genosse Haas über die Immunitätsangelegenheiten der Abgeordneten Borovsky, Schollich, Dr. Luschka, Füssy und Bobek referierte. Der Ausschuß beschloß, den Abgeordneten Borovsky auszuliefern und die Auslieferung aller anderen Abgeordneten abzulehnen.

Inland.

Ein Erfolg unserer Partei für die Staatsangestellten. Das sogenannte Dezembergesetz führte durch den Gehaltsabbau zu unerhörten Härten gegen die Staatsbeamten und Staatsbediensteten. Alle unsere dazu gestellten Abänderungsanträge wurden seinerzeit von der Majorität brutal niedergestimmt. Die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetze brachte neuerliche Härten, die sich durch die Entziehung der Teuerungszulage gegen die Allerhilflosesten, die unehelichen Kinder der Beamten und Bediensteten, wendete. Den wiederholten Bemühungen unserer Abgeordneten Genossen Blatny, Grünzner und Taub ist es nun gelungen, wenigstens nach dieser Richtung Abhilfe zu schaffen und durch ihre Intervention zu erwirken, daß vom Finanzministerium folgender Erlaß an alle unterstehenden Aemter hinausgegeben wurde: „Um die Zweifel und Unregelmäßigkeiten zu beseitigen, welche aus der strengen Auslegung des Dezember-Gesetzes respektive seiner Durchführungs-Verordnung, Zahl 34 vom Jahre 1923 herrühren, bestimmt das Finanzministerium, daß den Staatsbediensteten aller Kategorien, welche sich vor dem 1. Jänner 1923 verheiratet haben und bisher Teuerungszulagen für uneheliche Kinder bezogen haben, oder bei welchen die Voraussetzung für die Bewilligung dieser Zulagen gegeben war, die Teuerungszulagen (einheitliche Teuerungszulagen, bzw. Zulagen für die Kinder) auch nach dem 1. Jänner 1923 bzw. vom 1. Jänner 1923 an auch für die unehelichen Kinder nach denselben Grundsätzen und Normen, wie für die Pflegekinder zuerkannt werden."

Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. Wie der „Vorwärts" berichtet wurden am Montag in Prag mehrere jugendliche Kommunisten verhaftet und in der Administration der kommunistischen Jugendzeitung, deren Administrator Scholze verhaftet wurde, eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Auch das Büro des Kommunisten Fischer im Reichenberger „Vorwärts"-Gebäude wurde von der Staatspolizei durchsucht und Fischer verhaftet. Der Anlaß dieser Persekutionen ist dem „Vorwärts" nicht bekannt.

Ausland.

Die belgische Arbeiterpartei und die Reparationen.

Der Parteiausschuß der Belgischen Arbeiterpartei, der auf dem internationalen Kongreß in Hamburg durch die Genossen Vandervelde, de Brouckere, Wouters und Van Roosbroock vertreten sein wird, hat in der vergangenen Woche Stellung zu der Hamburger Tagung genommen. Vandervelde, der für Hamburg vorgesehen ist als Referent für das Problem der Reparationen und der Sicherheit der Nationen, hat seine Ausführungen vor dem Parteiausschuß in einer Resolution zusammengefaßt, in der zunächst die ausdrücklichen Vorbehalte, die der belgische Parteiausschuß vor Abschluß des Friedensvertrages von Versailles gemacht hat, erneuert werden, vor allem, was

---

Der heilige Johann von Nepomuk.

Die Geschichte eines jesuitischen Schwindels.

Der 16. Mai war unter der Monarchie in Böhmen Landesfeiertag. An diesem Tage wurde der heilige Johannes von Nepomuk gefeiert, der im Jahre 1383 vom König Wenzel in der Moldau ertränkt worden sein soll, weil er das Beichtgeheimnis der Königin Johanna nicht preisgeben wollte. Der Tag wurde vom offiziellen Oesterreich mit besonderem Gepränge gefeiert. Galt es doch, durch diesen tschechischen Heiligen, dessen Märtyrertod ein Zeugnis für die katholische Beichte war, das Andenken an den Ketzer Johannes Hus aus den Herzen der Tschechen zu reißen. Auch jetzt suchen die Klerikalen der Nepomukfeier wieder neuen Glanz zu verleihen und sie haben sich sogar, freilich ohne den erhofften Erfolg, den Marschall Foch zu der Feier verschrieben, der nicht nur ein großer Feldherr, sondern auch ein eifriger Klerikaler ist und darum auf seiner Rückfahrt von Warschau in Prag der klerikalen Propaganda gegen den Abfall vom Katholizismus zu Hilfe kommen sollte. Seine Fahrt nach Königgrätz am Nepomuktage stand nicht auf Sramels Programm.

1729 wurde Johann von Nepomuk heilig gesprochen, nachdem acht Jahre lang die Beweise für seine Wundertätigkeit gesammelt worden waren und nachdem sämtliche katholischen Höfe den Papst beschworen hatten, nicht länger mit der Heiligsprechung zu säumen. Aber im Jahre 1883 unterließ man es, das fünfhundertjährige Jubiläum des Märtyrertodes zu feiern. Es waren nämlich mittlerweile selbst in der katholischen Geistlichkeit leise Zweifel aufgetaucht, ob der Heilige wirklich im Jahre 1383 den Märtyrertod erlitten hat, und die gelehrte Forschung hatte sogar die Existenz eines Johann von Nepomuk, der der Beichtvater der Königin Johanna gewesen wäre und wegen des Beichtgeheimnisses ertränkt wurde, ganz entschieden bestritten. Es findet sich nämlich weder in den zeitgenössischen Chroniken noch bei den zeitgenössischen Geschichtsschreibern irgend ein Vermerk darüber und der Kardinal Aeneas Sylvius, der im Jahre 1458, kurz bevor er als Pius II. den päpstlichen Stuhl bestieg, eine Geschichte Böhmens schrieb, weiß ebensowenig davon, wie die Klageschrift gegen Wenzel, die der Prager Erzbischof Johann von Jenstein im Jahre 1393 dem Papste überreicht hat.

Und doch ist ein Johann von Nepomuk, allerdings nicht der Beichtvater der Königin, sondern der Generalvikar des Erzbischofs, und nicht am 16. Mai 1383, sondern am 20. März 1393, vom König Wenzel wirklich in der Moldau ertränkt worden. Wenn auch nicht wegen des Beichtgeheimnisses, so doch in dem Kampfe, der zwischen dem König und der römischen Kirche um die Macht im Staate geführt wurde, also immerhin im Dienste der Kirche. König Wenzel wollte vom Papste die Errichtung eines neuen Bistums durchsetzen, zu dessen Stiftung er die Güter des Benediktinerklosters bei Kladrau verwenden wollte. Deshalb sollte nach dem Tode des alten Abtes von Kladrau kein neuer Abt mehr gewählt werden. Als aber der Abt starb, wählten die Mönche rasch einen Nachfolger und der Erzbischof von Prag ließ diesen durch seinen Generalvikar Johann von Nepomuk bestätigen. Der jähzornige König geriet darüber in große Wut und drohte in einem groben Brief dem Erzbischof mit dem Ersäufen, forderte ihn aber zugleich auf, an den Hof zu kommen. Seine Umgebung besänftigte ihn aber und so wurde eine Zusammenkunft in Prag vereinbart. Als er aber den Erzbischof erblickte, ließ er unter wilden Drohungen ihn und seine Räte, unter diesen auch den Generalvikar Johann von Nepomuk, gefangennehmen. Der Erzbischof floh unter dem Schutz seiner bewaffneten Mannschaft, die anderen wurden in die Folterkammer gebracht, wo der König selbst mit einer brennenden Fackel Hand an sie legte. Während die übrigen sich schließlich unterwarfen und eidlich versprachen, niemandem etwas von der Marterung zu verraten, und so ihr Leben retteten, war Nepomuk so schwer verletzt, daß er nicht mehr am Leben bleiben konnte, und der König ließ deshalb an ihm seine Drohung wahrmachen und ihn in die Moldau werfen. Ueber diese Vorkommnisse haben wir das Zeugnis des Erzbischofs, der unter vielen Beschwerden bis nach Rom floh und dort eine umfangreiche Anklage gegen die alten und neuen Uebergriffe des Königs überreichte. Der König, der unliebsame Folgen am päpstlichen Hof voraussah, hatte sich, allerdings vergeblich, bemüht, seiner habhaft zu werden, um sich mit ihm zu versöhnen. Der Erzbischof verlangte vom Papst, daß der König in den Bann getan werde. Das tat aber Papst Bonifaz nicht, denn er erwartete, daß König Wenzel nach Italien kommen werde, um ihm gegen seine Feinde zu helfen, und überdies unterstützte Wenzel die Sammlungen des Jubeljahres und förderte den Verkauf des Ablasses, so daß aus Böhmen viel Geld nach Rom floß.

Johann von Nepomuk stammte aus dem Orte, nach dem er benannt wurde, und der bis in das fünfzehnte Jahrhundert meist Pomuk, später Nepomuk genannt wird. Er wurde um das Jahr 1340 geboren und wurde etwa 1370 öffentlicher Notar, 1374 war er oberster Schreiber des Erzbischofs und 1379 erzbischöflicher Sekretär. Um diese Zeit war er noch kein Geistlicher, aber 1383 finden wir ihn schon als Pfarrer, welche Würde er sich gekauft hatte, die er aber wieder weiterverpachtete. Daneben hatte er aber auch noch eine Anzahl von Altären in den reichsten Kirchen Prags gepachtet. 1387 wird er Doktor des Kirchenrechtes, bald danach Domherr am Wischehrad, und 1389 Generalvikar des Erzbischofs. Er wurde bald einer der reichsten Prälaten und verlieh Gelder an Geistliche und Aristokraten, wie aus den noch erhaltenen Prozeßakten hervorgeht, die vom Jahre 1373 bis zu seinem Tode reichen.

Die Nachricht von der Schreckenstat des Königs hatte sich bald über ganz Böhmen verbreitet und der Phantasie des Volkes Anlaß zur Legendenbildung gegeben. In den Annalen läßt sich feststellen, daß immer neue legendenhafte Züge angefügt wurden. Die Angabe, daß Nepomuk ertränkt wurde, weil er das Beichtgeheimnis nicht verletzen wollte, taucht — abgesehen von einer nicht im Druck erschienenen und erst

die Bestimmungen über die Saar und Schlesien betrifft, das Fehlen jeder ernsten Garantie bei der Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmedy, und die verschleierte Annexion der deutschen Kolonien durch die Siegerländer. Der Parteiausschuß bekennt sich zu den Sicherheitsmaßnahmen, über die ein Einverständnis erzielt ist zwischen den Sozialisten der in Frage kommenden Länder Westeuropas: ein allgemeiner Garantiepakt und zur Ergänzung eine durch England für den Fall eines nicht selbstveranlaßten Angriffes; Entmilitarisierung des linken Rheinufers und der neutralen Zone auf dem rechten Ufer. Er betont noch einmal die Ueberzeugung, daß der Friede Europas und die Sicherheit Frankreichs sicherer garantiert sein werden durch die wirtschaftliche Befriedigung und durch eine Stärkung der Republik und der Demokratie in Deutschland, als durch Zwangs- und Gewaltmaßnahmen, wie die Ruhrbesetzung, die nicht nur für beide Teile verheerend sind vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, sondern unaufhörlich die große Gefahr neuer Konflikte verschärfen."

Was insbesondere das Reparationsproblem angeht, so stellt die belgische Partei folgende Grundsätze auf:

1. Die loyale Erfüllung der Wiedergutmachung, deren Berechtigung die deutsche Sozialdemokratie feierlichst anerkannt hat, ist ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Friedens; ohne die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen und ebenso eine vollständige und endgültige Abmachung zwischen Deutschland und seinen Gläubigern sind unerläßliche Bedingungen dieser Erfüllung. 2. Diese vollständige und endgültige Abmachung erscheint nur möglich durch ein allgemeines Abkommen zwischen den beteiligten Ländern im Sinne der Resolutionen von Frankfurt, das heißt: a) durch die Begrenzung der deutschen Schuld auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete unter Abrechnung der militärischen Pensionen — was einen Verzicht von Seite Englands auf seine Guthaben an Deutschland bedingt, b) durch die Streichung der interalliierten Schulden, die man auf die Gesamtsumme von 41 Milliarden Goldmark berechnen kann, davon nahezu 20 Milliarden (19.873 Milliarden) auf Frankreich entfallen, c) durch eine von Deutschland mittels wirklicher und fester Garantien aufzunehmende internationale Anleihe, um im Interesse aller das System rascher Kapitalausschüttungen an Stelle des Systems jährlicher Zahlungen zu setzen, wie sie bisher vorgesehen waren durch die Konferenzen der Regierungen.

3. Es ist ganz klar, daß in dem Reparationsplan, wie er in Frankfurt aufgestellt worden ist, alle Teile logisch zusammenhängen, und daß man z. B. die Herabsetzung der deutschen Schuld auf Ziffern, wie sie von verschiedenen Seiten genannt worden sind, nicht begreifen könnte, wenn die Kriegsschuld Frankreichs eintreibbar bliebe und wenn England mit 22 Prozent als nehmender Teil in die Zahlungen eingriffe, die von Deutschland geleistet werden.

4. Das für die Lösung des Reparationsproblems unerläßliche allgemeine Abkommen stößt also auf große Schwierigkeiten, die sich gleichzeitig ergeben aus den ungenügenden deutschen Angeboten und den widerstreitenden Gesichtspunkten der anderen kapitalistischen Regierungen, die sich nicht verständigen weder über die zwischen ihnen zu treffenden Abmachungen, noch über die Methoden, die angewandt werden müssen, um die wirkliche und loyale Erfüllung der Reparationen zu erreichen.

Für Genossen Fechenbach.

Das Verbrechen der bayrischen Justiz an Genossen Fechenbach läßt die deutsche Oeffentlichkeit, soweit sie sich ihr Rechtsbewußtsein ungeschmälert bewahrt hat, nicht ruhen. Wir veröffentlichen im folgenden einen Protest der „Frankfurter Zeitung", dieses großen, wirklich demokratischen bürgerlichen Blattes, den es an ein unzulängliches Verfahren des Außenausschusses des deutschen Reichstages knüpft: „Fechenbach sitzt auf Grund eines Fehlurteils seit mehr als sechs Monaten im Zuchthaus. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hatte alsbald nach der Urteilsfällung eine Nachprüfung der Feststellungen beschlossen, auf die das Münchener Gericht sein drakonisches Urteil gegründet hatte; er hatte einen Unterausschuß eingesetzt, der das ganze Prozeßmaterial durcharbeitete und einen Bericht darüber fertigstellte. Seitdem wird die Sache weiter verschleppt: der Auswärtige Ausschuß hat ihre Beratung Monat auf Monat immer wieder vertagt. Einmal war eine Ausschuß-Sitzung angeregt; aber damals stand gerade die Reise des Reichskanzlers nach München bevor, und man unterließ die Erörterung im Ausschuß aus Besorgnis vor „innerpolitischen Konsequenzen". Dieser Tage nun hat eine Besprechung im Ausschuß stattgefunden. Aber auch sie ist nicht zu Ende geführt, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt worden, und der Bericht des Unterausschusses wird weiter der Oeffentlichkeit vorenthalten — offenbar wiederum aus Furcht vor „innerpolitischen Konsequenzen". Ein Mensch sitzt auf Grund eines Fehlurteils im Zuchthaus — auf Grund eines Fehlurteils offenbar auch nach der Ansicht des Reichstagsausschusses. Denn wäre sein Bericht zu einer Unterstützung des Münchener Urteils gelangt, so hätte gegen die schleunige Bekanntgabe sicherlich niemand etwas eingewandt. So ist diese verlegene Verschleppungstaktik ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit dieses Urteils. Aber es geschieht nichts, und Fechenbach sitzt im Zuchthaus.

Darum ist es geboten, daß die Oeffentlichkeit ihre Stimme erhebe und laut erkläre, daß dies nicht länger zu ertragen ist. Um eine moralische Reinigung, das muß man erkennen, geht es heute für uns. Ein Volk vergiftet seine besten Lebenssäfte, wenn es Unrecht duldet, das in seinem Namen begangen worden ist — wenn es sich dagegen nicht mit aller Kraft so auflehnt, daß schließlich doch allen Widerständen zum Trotz dieses Unrecht wieder gut gemacht werden muß. Die Besonderheiten des Einzelfalles treten dafür ganz in den Hintergrund. Was hier bedroht ist, das ist der kategorische Imperativ des moralischen Bewußtseins. Es ist die Majestät des Rechts, die verletzt ist, wenn ein Mensch zu Unrecht im Zuchthaus gehalten wird, und die wiederhergestellt werden muß, wenn nicht der Glaube an das Recht, die unentbehrlichste Stütze jedes Staates, unheilbaren Schaden nehmen soll. Um die Wiederherstellung dieser Majestät des Rechts müssen wir kämpfen, wenn wir nicht ein höchstes Gut der Nation, wenn wir nicht uns selbst aufgeben wollen."

Auflösung deutscher Organisationen in Polen. Wie die Warschauer Blätter berichten, wurde die Filiale der deutschen polenfeindlichen Organisation, der sogenannte „Deutschtumbund" in ganz Pommern aufgelöst. Die Verwalter des „Deutschtumbundes" in Pommern wurden verhaftet und gegen die Mitglieder des Vereines das Strafverfahren eingeleitet. Gleichzeitig wurde in Lemberg die deutsche polenfeindliche Organisation der „Bund der christlichen Deutschen in Galizien" aufgelöst.

Telegramme.

Eine Rede des Marschall Foch.

Bei dem zu seinen Ehren vom Minister für nationale Verteidigung Udržal veranstalteten Festmahle brachte Marschall Foch einen „Trinkspruch" aus, über den das Tsch. Preßbüro folgendes berichtet: Marschall Foch gedachte kurz der Kämpfe, welche das tschechoslowakische Volk für seine Existenz in seiner historischen Jugend unternehmen mußte, und führte die sich aus der Geschichte für die heutige tschechoslowakische Armee sich ergebenden Lehren aus: „Die Garantie ihrer Zukunft muß der patriotische Offizier sein. Die Armee muß patriotischen Geist beherrschen. Aus diesem Geiste kommt ihre Hauptkraft. An zweiter Stelle wird die Sicherheit des Landes und des Staates nach den Opfern bemessen, welche er für seine Armee bringt.

Hier unverhältnismäßig sparen zu wollen, ist immer bedenklich, und kann verhängnisvoll werden. Eine Armee schlecht ausgerüstet in den Kampf zu senden, bedeutet, sie auf die Schlachtbank zu schicken. Die Armee ist die Garantie der Freiheit. Von diesem Standpunkte aus blicke ich mit Vertrauen auf die Zukunft der tschechoslowakischen Armee, welche auf **sachlicher Ausbildung und technischem Geiste begründet ist, der sich immer weiter entwickeln muß,** damit die Armee Herr ihres Fachgebietes ist und ausschließlich zum Nutzen der Nation ausgenützt werden könnte. Bei einer solchen Zukunft ist die **Tüchtigkeit der tschechoslowakischen Armee gesichert.** Ihr werdet uns immer an Eurer Seite finden, sei es dadurch, daß wir mit Euch die Gedanken, zu welchen wir gelangen können, teilen, oder dadurch, daß wir Euch die Entdeckungen, welche wir machen können, bekanntgeben. **So werden wir gemeinsam die Grundsätze, auf welchen die gegenwärtigen Friedensverträge beruhen, sichern, welche wir nach dem Wunsche unserer Völker abgeschlossen haben** und welche wir ebenso wie Ihr schützen wollen. Ich erhebe mein Glas zu Ehren der tschechoslowakischen Armee mit jener Gewißheit, welche uns Ihre gegenwärtige volle Entfaltung (plein effort) gewährt.

Besetzung der Badischen Anilinfarbwerke.

Ludwigshafen, 15. Mai. (Wolff.) Heute um fünf Uhr früh ist die Badische Anilin- und Sodafabrik von den Franzosen besetzt worden. Den Arbeitern wird der Zutritt zur Fabrik verwehrt. Die Angestellten der Nachtschicht durften das Werk verlassen, in dem jetzt ein ganzes Regiment liegt. Auch das Straßenbahndepot wurde besetzt; infolgedessen ruht der Straßenbahnverkehr. Der übrige Verkehr ist unbehindert.

Auch die Höchster Farbwerke besetzt.

Berlin, 16. Mai. (Wolff.) Heute nachts sind in Höchst a. M. die Höchster Farbwerke von den Franzosen besetzt worden. Hiezu meldet die Frankfurter Zeitung: Die Franzosen forderten gestern abends von den Farbwerken fünf Personenautomobile. Die Direktion verweigerte die Herausgabe. Darauf umzingelten die Franzosen in der Nacht die Werke mit Truppen, Tanks und Minenwerfern und verweigerten heute früh den 12.000 Arbeitern den Zutritt zu den Werkstätten.

Auflösung der kommunistischen Wehrorganisationen in Preußen.

Berlin, 15. Mai. (Wolff.) Der preußische Minister des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die sogenannten proletarischen Hundertschaften für das preußische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. In der Begründung heißt es, daß die proletarischen Hundertschaften nach den öffentlichen Uebungen, ihrer militärischen Organisation und Bewaffnung auch tatsächlich ausersehen seien, einen offenen Kampf vorzubereiten und zu führen. Nach den Aeußerungen der kommunistischen Presse soll sich dieser Kampf gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes und letzten Endes gegen die verfassungsmäßig bestehende Regierung selbst richten. Die proletarischen Hundertschaften seien somit staatsfeindliche Verbindungen.

Der Reichskanzler und die Deutschnationalen.

Berlin, 15. Mai. (Eigenbericht.) Die bürgerlichen Parteien hätten am liebsten den Reichstag bis nach Pfingsten vertagt und das deutsche Volk weiter in Unklarheit über die politische Lage gelassen. Die Sozialdemokraten werden aber die dritte Lesung des Etats des Kanzlers zu einer außenpolitischen Debatte benützen. Dabei wird sich zeigen, wie weit der Einfluß der Deutschnationalen auf das Kabinett Cuno reicht. Die Unterredung Cunos mit Roßbach, die gestern bekannt wurde, und das Bekanntwerden von Besprechungen zwischen Cuno und Gröfe lassen die Stellung des Kabinetts in sonderbarem Lichte erscheinen. Das völlige Versagen der Regierung in der Wirtschaftsfrage erschwert ihre Stellung ebenfalls. Die Sozialdemokratie ist **trotzdem** der Meinung, daß die gegenwärtige Regierung auch das zweite Angebot noch ausarbeiten muß.

Mittwoch früh wird der Kanzler zuerst die Vertreter der Sozialdemokratie und dann die Bürgerlichen zu Beratungen empfangen.

Leichte Erholung der Mark.

Berlin, 15. Mai. (Eigenbericht.) Auf dem Devisenmarkt kam es heute zu einer rückläufigen Bewegung. Der Dollar sank von 45.885 auf 42.194, das englische Pfund von 212.000 auf 195.260, der Schweizer Frank von 8079 auf 7640 und die tschechische Krone von 1321 auf 1266.

Lohnbewegungen in Deutschland.

Berlin, 15. Mai. (Eigenbericht.) Die rasend ansteigende Teuerung hat bereits wieder zu neuen Lohnforderungen geführt und dürfte bald scharfe Lohnkämpfe zur Folge haben. Die Metallarbeiter verlangen eine 100prozentige Lohnerhöhung, die Forderung wird von den Unternehmern als indiskutabel abgelehnt. Die Arbeiter haben die Entscheidung des Reichsarbeitsamtes angerufen. Die Stadt Berlin hat ihren Angestellten einige Zugeständnisse gemacht.

Anarchie in der Arbeitsvermittlung.

Die Unternehmer sind grundsätzliche Gegner einer gesetzlich geregelten Arbeitsvermittlung. Sie wollen uneingeschränkt, willkürlich Arbeiter aufnehmen, entlassen, durch Import fremder Arbeitskräfte die einheimischen strafen und gefügiger machen. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat durch einen Erlaß vom 9. August 1922, die politische Landesverwaltung durch einen solchen vom 26. August 1922 den Import ausländischer Arbeiter und Angestellter in der Weise einzuschränken versucht, daß, sofern durch die Bezirksanstalten die angeforderten Arbeitskräfte nicht vermittelt werden können, die Unternehmer diese Anforderung an die Landesarbeitsämter bezw. beim Zentralarbeitsamt in Prag zu stellen haben. Erst wenn diese ebenfalls nicht in der Lage sein sollten, die gewünschten Arbeitskräfte zu vermitteln, sollte die Aufnahme und Anstellung von Ausländern gestattet werden. Diese Erlässe sind bekanntlich von einer Reihe von politischen Bezirksverwaltungen als eine Aufforderung zu einem Ausländerpogrom angedeutet worden. Es ist für jeden Menschen klar gewesen, daß der Erlaß des Ministeriums nicht so auszulegen ist, jahrelang schon in dem tschechoslowakischen Staatsgebiet beschäftigte Ausländer um ihre Dienststellen zu bringen. Der Erlaß konnte nur den Zweck haben, die in einem Bezirk fehlenden Arbeitskräfte, durch die in einem anderen vorhandenen zu ersetzen. Dieser Austausch, diese Verteilung ist Grundsatz einer jeder geregelten Arbeitsvermittlung.

In der tschechoslowakischen Republik fehlt das Gesetz über die obligatorische Arbeitsvermittlung noch. Wie notwendig ein solches Gesetz gerade während der jetzigen Krise ist, macht sich jeden Tag immer mehr fühlbar. Die Bezirksanstalten für unentgeltliche Arbeitsvermittlung in Böhmen, sowie die Vermittlungsanstalten in Mähren und Schlesien, haben

---

von Palacky in Wien aufgefundenen Schrift eines Professors Ebendorfer, der es aber nur als Gerücht anführt — zum erstenmal in der Schrift auf, die der Prager Domherr Paul Zidek — wie schon der Name sagt, ein getaufter Jude — im Jahre 1471 dem König Georg von Podiebrad zugeeignet hat. Zidek gibt zwar das Jahr nicht an, aber sein Hinweis auf das Wunder, daß nach dem Tode Johannes von Nepomuk die Moldau austrocknete, deutet auf das Jahr 1393 hin, wo in Böhmen eine solche Dürre herrschte, daß die Moldau zu Fuß durchquert werden konnte. Uebrigens ist auch die Schrift Zideks „Zpravovna" (Unterweisungsbuch), die auch sonst voll von Geschichtsfälschungen ist, die dem Zwecke dienen sollten, den König im katholischen Glauben fest zu machen, nie im Druck erschienen, hat also auf die Weiterentwicklung der Legende kaum einen Einfluß gehabt.

Siebzig Jahre nach Zidek, im Jahre 1541, erscheint die Tschechische Chronik von Wenzel Hajek. Dieser fand im Prager Archiv auf einem Stück Pergament die von dem Dekan des Kapitels Johann von Krumlow im Jahre 1483 niedergeschriebene Bemerkung: „1383 Johanek von Pomuk von der Brücke ertränkt", und da er sich in dem Gewirr der widerspruchsvollsten Nachrichten über Johann von Nepomuk nicht auskannte, fand er einen Ausweg, indem er von zwei in der Moldau ertränkten Johannes sprach: der eine, der im Jahre 1383 als Märtyrer des Beichtgeheimnisses, der andere, der im Jahre 1393 wegen des Klosters von Kladrub ertränkt worden war. Er dichtet auch aufs Geratewohl als Datum den 4. Mai hinzu. Sein Buch hatte er dem Habsburger Ferdinand gewidmet, dem es auch helfen sollte, die ketzerischen Anschauungen im tschechischen Volke zu besiegen. Es blieb für die nächste Zeit die Hauptquelle für die Geschichte des Märtyrers. Aber je mehr die Katholisierung Böhmens fortschreitet, um so mehr neue Züge, um so mehr Wundertaten werden über diesen erfunden. Während Hajek und seine ersten Nachfolger kaum zwei oder drei Daten von ihm zu erzählen wußten, kamen dann immer neue Einzelheiten dazu. Jeder Jesuit erzählt ein neues Wunder und im Jahre 1670 konnte der Jesuit Bohuslav Balbin schon ein ganzes Buch über ds „Leben des gekrönten Johannes von Nepomuk" veröffentlichen. Bald nach der Schlacht am Weißen Berge, im Jahre 1621, einige Tage nach der Hinrichtung der Rebellen, hatte der Erzbischof von Prag einen Altar zu Ehren Johanns von Nepomuk geweiht und der Heilige begann auch rasch Wunder zu wirken. Balbin widmete sein Buch dem St. Veit-Kapitel in Prag, aber dieses lehnte die Widmung auf den Rat des Dekans Peschina, der selbst ein eifriger Verehrer des Heiligen war, ab, weil dieser so viele Fehler darin fand. Welcher Art dieses Buch ist, geht daraus hervor, daß es unter den von Johann gewohnheitsmäßig verübten Wundern auch das anführt, daß er ein Patron derjenigen sei, die von Schande bedroht sind und fürchten, es möchte ein von ihnen begangenes Verbrechen ruchbar werden: solchen Gefahren begegnet er wunderbar und verheimlicht das Geschehene. Uebrigens erzählen auch andere fromme Schriftsteller, so besonders der Wischehrader Domherr Berghauer in seinem Buche „Protomathr poenitentiae", über die Rettung von Verbrechern vor der Strafe durch ein Gebet zum heiligen Johannes von Nepomuk.

So wurde die Heiligsprechung vorbereitet, obwohl noch im Jahre 1698 der Jesuit Freiberger heftig gegen die „mythologischen Ausschmückungen" Balbins auftrat, und als sich schließlich sämtliche katholischen Höfe, allen voran natürlich die Habsburger Karl VI. und die Kaiserin Elisabeth, für ihn verwendeten, wurde endlich 1729 Johann von Nepomuk, der Beichtvater der Königin Johanna, der im Jahre 1383 von Wenzel wegen der Wahrung des Beichtgeheimnisses ertränkt worden war, heilig gesprochen, jener Johann also, von dem die zeitgenössischen Annalen und Schriftsteller nichts wissen, der nie gelebt hat und der von den Jesuiten zu einem Märtyrer gemacht wurde, um das Andenken des selbst unter der Gegenreformation von den Tschechen verehrten Johannes Hus zu verdrängen.

Den geschichtlichen Johann von Nepomuk konnte man nicht als Heiligen erklären, nicht nur, weil man den Aemterschacherer und Geldverleiher schwer in den Himmel erheben konnte, sondern auch deshalb, weil man ihn beim besten Willen nicht zu einem Beichtvater der Königin machen konnte. Denn als er starb, war die Königin Sophie, die Gemahlin Wenzels, eine Freundin und Verehrerin Hussens. War doch Hus selbst ihr Beichtvater. So wurde denn nach anfänglichem Schwanken das Datum um zehn Jahre zurückverlegt in das Jahr 1383, wo noch die erste Frau Wenzels lebte. Aber auf Johannes von Nepomuk wurden alle Attribute Hussens übertragen. Nicht nur Beichtvater der Königin wurde er, sondern auch ihr Almosenier. Verehrte das tschechische Volk seinen Magister Johann Hus („mistr Jan"), so mußte auch Johann von Nepomuk entgegen der geschichtlichen Wahrheit zum Magister gemacht werden. Anfangs machte das Datum des Märtyrertodes Schwierigkeiten. Erst Balbin gibt den 16. Mai an, ohne einen Grund hiefür zu nennen. Sogar die Art der Hus-Feier wurde vom heiligen Nepomuk übernommen.

Als Gregor der Große seine Sendboten ausschickte, um die Angelsachsen zu bekehren, gab er ihnen die Anweisung mit, nicht die heidnischen Tempel niederzureißen, sondern an deren Stelle neue Altäre aufzurichten und zu weihen, damit das Volk dort den wahren Gott anbete. So ist die Kirche immer vorgegangen. „Wie einst bei der Einführung des Christentums Juno in die Jungfrau Maria, Wotan in den Erzengel Michael, der Slawengötze Swantowit in den St. Veit verwandelt wurde, so mußte sich Hus umwandeln in den heiligen Johann von Nepomuk." Das große Kunststück haben die Jesuiten vollbracht, die Vorkämpfer der Gegenreformation, und jetzt hätte Marschall Foch, der Schutzherr der Gegenrevolution mithelfen sollen, dem Heiligen des Jesuitentums im tschechischen Volke den bereits verlorenen Boden wiederzugewinnen. Man begreift den Schmerz der Klerikalen darüber, daß ihnen der tschechische Nationalismus einen Strich durch diesen feinen Plan machte.

Gustav Paul.

sich erst während des Krieges etwas praktisch betätigen können. Vordem waren die Anstalten eine Domäne der Unternehmer sehr oft Streikbrechervermittlungs- und Werbebüros. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben die Anstalten durch das Gesetz über die staatliche Arbeitslosenunterstützung erhalten. Nach diesem Gesetz haben die Unternehmer nicht bloß die frei gewordenen Arbeitsstellen bei den Anstalten zu melden, sondern auch bei Besetzung der Stellen die notwendigen Arbeitskräfte von dort anzufordern. Wie sieht es nun in der Praxis mit der Einhaltung dieser Gesetzesbestimmung aus? Der Leiter einer Vermittlungsanstalt, der den Zweck seines Amtes richtig erfaßt hat, wird zugeben, daß diese notwendige, wenn auch primitive Gesetzesbestimmung lebendige Wirklichkeit erhalten kann, wenn die Arbeitsvermittlungsanstalten für die Durchführung Sorge tragen. Bei sehr vielen Anstalten bleibt nach der Richtung alles zu wünschen übrig. Die Anstaltsleiter wissen, daß die Unternehmer die freien Arbeitsstellen nicht anmelden, neue Arbeitskräfte ohne Anforderung einstellen. Eine Anzeige gegen die Gesetzwidrigkeit erfolgt nicht. Bei vielen Anstaltsleitern mag es Arbeitsüberbürdung sein, die solche Anzeigen verhindern. Es gibt aber auch Anstaltsleiter, die ihr Amt noch im Sinne der Vorkriegszeit auffassen. Kein Hauch sozialen Empfindens und Verständnisses für die Wichtigkeit des Amtes ist bei diesen Menschen vorhanden. Die wenigen Anstaltsleiter, die ihr Amt richtig erfassen und trotz Arbeitsüberbürdung solche Anzeigen erstatten, machen dabei die sonderbarsten Erfahrungen. Entweder bleiben die Anzeigen unerledigt, oder die politischen Behörden lassen den Unternehmern gegenüber eine geradezu unverständliche Milde walten. Die fast einzige Möglichkeit der Arbeitslosen, jetzt eine Beschäftigung zu finden, ist, auf einen Bau unterzukommen.

Die Anarchie in der Arbeitsvermittlung, das Negieren der gesetzlichen Bestimmungen durch die Unternehmer, die wohlwollende Duldung dieses Zustandes durch die politischen Behörden führt dazu, daß in einzelnen Bezirken, wo eine Milderung der Arbeitslosigkeit gegeben wäre, diese nicht eintreten kann. Die Unternehmer importieren, da ja überall arbeitsbereite Menschen nach Arbeit heischen, fremde Arbeiter in diese Bezirke um dadurch willkürlich und brutal die Arbeits- und Lohnbedingungen diktieren zu können. Eine besondere Virtuosität nach der Richtung entfalten einige Prager Baufirmen, die in auswärtigen Bezirken Staatsbauten ausführen. Eine Meldung der freien Stellen, eine Anforderung der Arbeitskräfte, wie es gesetzliche Pflicht ist, kennen diese Firmen nicht. Wenn es im Verbandswege zustande gebracht wurde, einen Teil der heimischen Arbeitslosen unterzubringen, so ist sicher, daß ihr Verbleiben auf den Arbeitsstellen nicht von allzulanger Dauer ist. Auf den Bauten wird in der Regel im Akkord gearbeitet und zwar so, daß der Baumeister den auszuführenden Bau an den Bauleiter oder Polier weitervergibt. Diese wollen natürlich ebenfalls soviel als möglich Profit durch die Uebernahme herausschlagen, als nur halbwegs möglich ist. Es werden deshalb den Arbeitern Akkordsätze aufgedrängt, die selbst bei intensivster Arbeit die ortsüblichen Löhne nicht erreichen lassen.

Es ist geradezu zur Tagesordnung geworden, daß auf diesen Bauten fortwährend Differenzen ausbrechen, die zu Arbeitseinstellungen führen. Statt, daß auf diesen Bauten die Arbeits- und Lohnverhältnisse mustergültig und beispielgebend sein sollten, sind sie die miserabelsten. Diese Zustände sind für die Dauer unhaltbar. Es ist Sache der Regierung, sich damit abzufinden, wenn durch die Gesetzmißachtung der Unternehmer auf diesen Arbeitsplätzen jedes Rechtsempfinden ertötet wird. Wenn auf den Bauten, die behördliche Organe beaufsichtigen, die Gesetze als Luft behandelt werden, darf man sich nicht wundern, daß die Arbeiter keine besondere Achtung vor der Autorität des Staates und dessen Einrichtungen haben. Nach einer Mitteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten sind die Unternehmer verpflichtet, bei Ausführung solcher Bauten erst die im betreffenden Bezirk vorhandenen Arbeitslosen einzustellen. Erst dann, wenn dieselben nicht ausreichen, ist auf die Nachbarbezirke zurückzugreifen. Nebst der gesetzlichen Verpflichtung also noch eine vertragliche. Die Unternehmer pfeifen auf beide.

Diese Anarchie trifft nicht bloß die Bauarbeiterschaft schwer, sondern die Arbeiter aller Berufe. Auch für die Gemeinden und Bezirke ist dieser Zustand nicht gleichgültig. Welchen Wert und welche Bedeutung hat es, wenn irgendwo ein staatlicher Bau ausgeführt wird, wenn die Arbeitslosen des Bezirkes bei der Einstellung nicht berücksichtigt werden. Es muß deshalb von allen Faktoren versucht werden, daß die Unternehmer zur Anerkennung der Gesetze gezwungen werden. Die Arbeiterschaft selbst muß aber verlangen, daß endlich einmal die Arbeitsvermittlung gesetzlich geregelt wird. Pflicht der Regierung, insbesonders des Ministeriums für soziale Fürsorge wäre es, dafür zu sorgen, daß den skandalösen Zuständen auf den Staatsbauten ein Ende bereitet würde. Es kann doch nicht Grundsatz der Regierung sein, daß bei der Durchführung des Investitionsprogrammes die Unternehmer durch Mißachtung der Gesetze die Arbeiterschaft bis aufs Blut peinigen und Riesenprofite einheimsen können. Schafft die Regierung nicht sofort Ordnung, so ist der Beweis, daß die Unternehmer schrankenlos ihre Praktiken durchführen können. **Kann die Arbeiterschaft durch eigene Kraft nicht Remedur schaffen, dann bleiben die primitiven Schutzgesetze ein Fetzen Papier.**

Eine Rede Fimmens in Prag beschlagnahmt.

Genosse Fimmen, der Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, hielt am Sonntag auf dem Kongresse der „Union der Eisenbahner" in Prag eine Rede, die sich mit den internationalen Einigungsbestrebungen des Proletariats befaßte und auch zu dem Besuche des Marschalls Foch in Prag Stellung nahm. Die Stelle der Rede, die sich mit dem Besuche des General Foch in Prag befaßte, verfiel jedoch in den „Ceskoslovenske Noviny" der Beschlagnahme. Damit hat der Prager Zensor der Auslandspropaganda des tschechischen Staates einen schlechten Dienst erwiesen. Denn was nützt es der mit großen Summen arbeitenden Auslandspropaganda dieses Staates, die über die Demokratie in der Tschechoslowakei Lobhymnen singt, wenn es im Auslande bekannt wird, daß die Rede einer in der internationalen Arbeiterpolitik so eminenten Persönlichkeit, wie es Genosse Fimmen ist, in Prag nicht vollinhaltlich abgedruckt werden darf nur deshalb, weil Genosse Fimmen auch den Besuch des „größten Pazifisten der Welt", wie Minister Udržal den Marschall Foch im Prager Parlament nannte, einer Kritik zu unterwerfen sich erlaubte. Die Konfiskation dieser Rede ist ein Skandal von europäischer Bedeutung und zeigt offen aller Welt, wie es mit der Demokratie in diesem Staate bestellt ist.

Im Nachstehenden bringen wir einen Auszug der Rede des Genossen Fimmen, wobei wir natürlich die über den Besuch des Marschall Foch handelnde Stelle nicht wiedergeben können, um nicht gleichfalls wie die „Ceskoslovenske Noviny" der Beschlagnahme zu verfallen.

*

Genosse Fimmen führte in seiner Rede unter anderem aus, daß die Versprechungen, die dem Proletariat nach der Revolution gegeben wurden, nicht in Erfüllung gegangen sind. Und das, was das Proletariat in den ersten Tagen der Revolution sich erobert hat, wird ihm allmählich wieder weggenommen oder unmöglich gemacht. „Erwacht die Arbeiterschaft nicht bei Zeiten", so fuhr Genosse Fimmen in seiner Rede fort, „so wird über ihr Haupt die Reaktion hereinbrechen, die es zermalmen wird." Genosse Fimmen verwies dann auf Italien, das vor nicht langer Zeit am Vorabend einer großen sozialen Revolution stand. Und dieses Italien, das sich Moskau anschließen wollte, ist heute mit der Arbeiterbewegung fertig geworden. Heute werde in Italien jedwede Arbeiterbewegung vom Fascismus gewaltsam erstickt und unterdrückt. Und was dort geschehen ist, droht auch überall in der ganzen Welt. Die tschechischen Eisenbahner mögen sich nicht der Täuschung hingeben, daß die tschechische Bourgeoisie mit ihnen besser und ehrlicher verfahren wird. Es gibt keine andere Bourgeoisie als diejenige, die jetzt in Italien, in Ungarn und anderswo ein so deutliche Sprache spricht. Trotz der Versicherungen, daß es in der Schweiz keinen Fascismus gibt, wurde gerade dieser Tage in Lausanne Worovsky erschossen und sein Sekretär verletzt. Dieser Schuß zeigt, daß auch in der Schweiz der Kapitalismus keine anderen Pläne hegt, wie auf der ganzen Welt.

Die Reaktion arbeitet mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, um alles zu vernichten, was die Idee des Sozialismus und Fortschrittes in Europa geschaffen hat. Entgegen den Beschwichtigungen über die Situation erinnert Genosse Fimmen daran, daß wir unausgesetzt in der Gefahr eines neuen Kriegsbrandes leben. Der Weltkrieg war ein hartes Blutbad und doch war er nicht der letzte Krieg.

Wenn man auch nicht davon sprechen will, daß seit dem Abschluß der sogenannten Friedensverträge die Gewehre und Geschütze nicht verstummt sind und wenn man auch nicht den Teufel an die Wand malen will, so muß man doch im Bewußtsein der Schwere der Situation erklären, daß uns neuerdings ein großer schwerer Krieg droht, der nicht nur dem Weltkriege gleichkommen würde, sondern vielleicht sogar noch schrecklicher als dieser wäre.

Bei aller Kritik, die wir an den in Rußland verwirklichten und von Rußland aus in Europa verbreiteten Thesen ausüben, erklärt Genosse Fimmen, was er schon vor zwei Jahren gesagt hat: „Trotz aller Fehler, trotz der Irrtümer und Verbrechen, die Sowjetrußland in der Arbeiterbewegung begangen hat, dürfen wir nicht einen Moment vergessen, daß Sowjetrußland das Rückgrat der Arbeiterbewegung ganz Europas und der ganzen Welt ist. Wenn Sowjetrußland geschlagen werden sollte, so ist das Ende der freien Bewegung der Arbeiterschaft von ganz Europa gekommen."

Dahr setze der Kapitalismus und die Reaktion alle Hebel in Bewegung, um durch einen neuen Krieg das Sowjetregime, das den Interessen des Weltkapitales so unangenehm und gefährlich ist, zu brechen.

(An dieser Stelle seiner Rede sprach Genosse Fimmen über den Besuch des Marschall Foch in Prag. Der Bericht über diese Stelle der Rede — ungefähr 20 Druckzeilen — verfiel in den „Ceskoslovenske Noviny" der Beschlagnahme. Anm. d. Red.)

Genosse Fimmen verweist dann weiter darauf, daß das alte Wort wahr geblieben sei: „Der Feind des Sozialismus, der Feind der Arbeiterschaft ist nicht hinter den Grenzen, sondern innerhalb des Landes zu suchen." Der Feind der Arbeiterschaft in Böhmen sei nicht die ausländische Arbeiterschaft, sondern die tschechische Bourgeoisie. Der Feind des französischen Arbeiters ist nicht der deutsche Arbeiter, sondern die französische reaktionäre Bourgeoisie und gerade so ist der Feind des deutschen Arbeiters seine eigene reaktionäre kapitalistische Bourgeoisie. Die Zersplitterung der Arbeiterschaft in den letzten vier Jahren hatte deren unglaubliche Schwächung und eine außergewöhnliche Stärkung der Reaktion zur Folge. Gelingt es nicht, das Proletariat wieder zu vereinigen, so ist die Arbeiterschaft, der Sozialismus und jeder Fortschritt überhaupt verloren. Die Kapitalisten haben kein Verlangen, sich untereinander zu raufen, diesen Luxus überlassen sie der Arbeiterschaft. Daher ist es notwendig, daß trotz aller Differenzen, trotz aller Abgründe zwischen uns im Interesse unserer Frauen und Kinder die Einheitsfront geschaffen werde..

Der Tag, an dem Moskau sich mit Amsterdam einigen wird, ist der Tag unseres Sieges.

Zum Schlusse sprach Genosse Fimmen die Hoffnung aus, daß der Kongreß der tschechischen Eisenbahner ein Schritt auf diesem Wege zur Einheitsfront sei, jedoch müsse von beiden Seiten die ehrliche Absicht bestehen. Genosse Fimmen wünscht dem Kongreß, daß er diese Idee in die Tat wird umsetzen können und daß er auf diese Weise auch jenseits er Grenze das Signal zum Siege des Sozialismus gebe.

Tages-Neuigkeiten.

Die Armen.

Von Max Havek.

Sie sagen, ihr seid die Kinder der Nacht,
Und ihr waret seit je und vom Anbeginn,
Und für euch hat Gott seine Welt nicht gemacht
Und ihr seid ein ewiger Schmerz darin.

Ihr seid eine Wunde, die nie sich schließt,
Eine Anklage seid ihr, stetig neu,
Und was da lacht und was da genießt,
Verhüllt sich vor euch, ist stumm und scheu.

Sie sagen: ihr seid nur selber schuld,
Und sie schreien's euch richtend ins Gesicht.
Sie haben so wenig Huld und Geduld,
Und sie hassen euch und vertragen euch nicht.

Ihr aber taktet euch immerfort
Durch ein Leben ohne Verstand und Sinn,
Und legt euch endlich frühverdorrt
Zu einem erlösenden Sterben hin.

Ihr, Menschen, werdet nicht immer so
Geschlagen und geknechtet sein!
Ihr werdet einmal nimmer so
Getreten und entrechtet sein!

Der Tag glüht auf, ein junger Held,
Der Sprecher einer neuen Zeit,
Die euch zu Erben einer Welt,
Zu lichten Kindern Gottes weiht!

Die Bestattung der Frau Masaryks. Die Leiche der Frau des Präsidenten Masaryk wurde gestern vormittags im Schlosse zu Lana aufgebahrt. Dort fanden sich im Laufe des Vormittags Abordnungen der Gemeinde der tschechoslowakischen Legionäre und der Prager Sicherheitspolizei ein, die an der Bahre Kränze niederlegten. Um vier Uhr nachmittags wurde die Leiche auf dem Friedhofe in Lana beigesetzt. Im Schlosse sang der Gesangverein „Typographia" einen Trauerchoral, am Grabe selbst brachte die Gesangsvereinigung der Prager Lehrer einen Trauerchor zum Vortrag. An dem Begräbnis nahmen unter anderem in Vertretung des Klubs unserer Abgeordneten und Senatoren die Genossen Dr. Czech und Cermak teil.

Foch verteilt Orden und — Küsse. Auf dem Prager Invalidenplatze, wo gestern die verbündeten Truppen vor Marschall Foch paradierten und defilierten, regnete es bei diesem festlichen Anlasse nicht nur — wie der Wiener sagt — Schuasterbuam, sondern auch Orden und sogar Küsse. Ueber die Parade selber ist nicht viel zu sagen: wir haben ähnliches im alten Oesterreich hunderte Male erlebt, nur daß seine Majestät samt Suite hiebei zu Pferde zu sitzen pflegten, während der „große" Foch mit dem „maly Petr" die Parade in einer „eleganten, mit Schimmeln bespannten Equipage" abzunehmen geruhten. Hierauf wurden etliche tschechoslowakische Offiziere mit den verschiedentlichen Kreuzen der Ehrenlegion dekoriert, was sich folgendermaßen abspielte:

Die Dekorierung geschah in äußerst feierlicher Weise. Marschall Foch zog den Säbel und trat vor die in Linie aufgestellten zu dekorierenden Offiziere, die Musik spielte einige Takte der Marseillaise, Marschall Foch heftete die Auszeichnung jedem der Offiziere an die Brust, gab ihnen mit dem Säbel den Ritterschlag und umarmte jeden und küßte ihn auf beiden Wangen.

Ha, so ein Busserl vom Munde des Marschalls! Sogar zwei Busserln! Das schwellt die umarmte Brust! Und wie das funkelnagelneue Kommandeur- oder Ritterkreuz auf eben dieser Heldenbrust funkelt! Ansporn zu neuen Taten, zu neuen Siegen. Für die freie, demokratische Republik. Für den Volksstaat. Für herrliche Kriegertaten zur Erhaltung des Friedens. Für den Völkerfrieden. Für die Republik Masaryks. Für die internationalen revolutionären Gedanken tschechischer sozialdemokratischer Minister, zu Ruhm und Ehren Bechynes und Habrmans!

Die armen Klosterfrauen. Die christlichsoziale Warnsdorfer „Volkszeitung" veröffentlicht im Inseratenteil folgende Bitte, die uns zu Tränen rührt.

Wer will
armen Klosterfrauen
durch ein
Darlehen zu niederen Prozenten
oder durch ein Almosen aus großer Not helfen? Adresse erl. unter „Nr. 311" in der Verwaltung dieser Zeitung.

Die armen Klosterfrauen! Niemand hilft ihnen. Die Kirche hat ja auch kein Geld, die Pfaffen leiden ja selber die größte Not. Und so wenden sich die Nonnen in Verzweiflung an die Oeffentlichkeit um ein — Darlehen. Zinsennehmen ist nach Kirchenrecht verboten, und Wucherer heißen die Gläubigen, die es dennoch tun. Aber wenn es gilt, armen Klosterfrauen zu helfen, werden sich für „niedrige" Zinsen schon die rechten Christen einstellen.

Noch immer Kriegsgefangene im fernen Osten. Wie das „Wiener Neuigkeitsweltblatt" meldet, sollen sich nach der Aussage eines in Freistadt bei Linz wohnhaften Heimkehrers, der jetzt zurückgekehrt ist, in der Mongolei und Mandschurei noch ungefähr 10.000 Kriegsgefangene aus der ehemaligen öster.-ung. Monarchie befinden, die infolge der Schwierigkeiten, mit denen die Verpflegung während der Fahrt verbunden ist, die Heimreise nicht antreten können.

Ein beabsichtigter Vorstoß gegen die deutsche Rechtschreibung? Bekanntlich haben die Schulbehörden den Schulgemeinden den kategorischen Auftrag gegeben, Bilder des Präsidenten der Republik in den Schulräumen anzubringen. Das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur hat den staatlichen Schulbücherverlag mit der Herausgabe und Verbreitung des vom Maler M. Svabinsky in Holz geschnittenen Bildnisses beauftragt. Jene Ortsschulräte, die beim Schulbücherverlag derartige Bildnisse bestellt haben, mußten nun zu ihrem Erstaunen wahrnehmen, daß in der deutschen Inschrift dieses Bildnisses das Wort „Präsident" „President", also mit e statt mit ä gedruckt ist. Auch in der kleinen Ausgabe des Bildnisses, das von der staatlichen Verlagsanstalt den deutschen Lesebüchern für Volks- und Bürgerschulen beigeheftet ist, erscheint diese falsche Schreibweise. Es ist schier unmöglich, anzunehmen, daß dieser Schreibfehler auf einem Irrtum beruht, eher ist ein beabsichtigter Verstoß gegen die deutsche Rechtschreibung wahrscheinlich. Wie wir hören, stellen die Ortsschulräte diese wegen des Rechtschreibfehlers für deutsche Schulen unbrauchbaren Bilder der staatlichen Verlagsanstalt zur Verfügung. Es muß aber noch weiter verlangt werden, daß die staatliche Verlagsanstalt alle von ihr vertriebenen und mit dieser orthographisch fehlerhaften Inschrift versehenen Bilder einzieht und entweder gegen orthographisch richtig ausgestattete Stücke ersetzt oder den Bezugspreis rückerstattet. Auch in den Lesebüchern muß der orthographische Fehler von der staatlichen Verlagsanstalt in angemessener Weise berichtigt werden.

Ein Mord in Beraun. In der Nacht, nach den am Sonntag stattgefundenen Gemeindewahlen wurde auf der Brücke über die Beraun der tschechische Nationalsozialist Josef Jellinek schwer verletzt aufgefunden. Jellinek hing mit dem Kopfe über das Geländer und wies im Gesichte, auf der Brust und am Bauch schwere Hiebwunden auf. Der Kopf selbst zeigte eine tödliche Wunde. Jellinek starb bald nach seiner Auffindung. Der Täter konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Ermordete hatte sich an der Wahlagitation sehr rege beteiligt.

Neuorganisierung der österreichischen Bundesbahnen. Die Vorlage über die Neuorganisierung der Bundesbahnen wird morgen im Nationalrat eingebracht werden. Die Vorlage zieht die Schaffung eines eigenen Wirtschaftskörpers vor, der kommerziell vollkommen selbständig ist und bei dem das Prinzip einer gemein-wirtschaftlichen Anstalt zum Durchbruch kommt. Die Neuheit des Planes besteht darin, daß unter völler Aufrechterhaltung des Eigentumrechtes des Staates an den Bahnen diesen eine Wirtschaftsform gegeben wird, die gestattet, ihren Betrieb gerade so zu führen, wie bei den Privatbahnen.

Verlängerung des Achtstundentagsgesetzes in Schweden. Nach langen Vorverhandlungen nahm der schwedische Reichstag am 3. Mai den Vorschlag des zuständigen Ausschusses an, wonach das vorläufige Arbeitszeitgesetz, das seinerzeit den Achtstundentag einführte, noch weitere drei Jahre in Kraft bleiben soll. Die erste Kammer nahm den Vorschlag mit 73 gegen 44 Stimmen, die zweite mit 114 gegen 97 an.

Die Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Aerztevereine in der tschechoslowakischen Republik fand Sonntag, den 13. d. M. unter dem Vorsitze Dr. G. Picks (Aussig) in Karlsbad statt. Der Besuch der Versammlung war sehr gut; als Vertreter der Stadt Karlsbad war Vizebürgermeister Genosse De Witte erschienen, ferner konnte der Vorsitzende Professor Dr. Ghon als Vertreter der deutschen medizinischen Fakultät, die Vertreter der Aerztekammern in Böhmen, Mähren und Schlesien, Abg. Genossen Dr. Holitscher und Senatorin Dr. Herzig begrüßen. Der Tätigkeitsbericht stellte die keineswegs günstige wirtschaftliche Lage der Aerzte fest, die unter der Krise, der üblen Lage der Kran-

kenkassen, besonders aber unter dem mangelnden Verständnis der maßgebenden Kreise für Volksgesundheit und soziale Fürsorge schwer zu leiden haben. Das Gesetz über die Verstaatlichung der Sanitätspolizei wird keineswegs die erhoffte Wirkung einer Verminderung des Aerztemangels auf dem Lande und einer ausreichenden Pflege der sozialen Fürsorge haben, weil man die Bezahlung der Aerzte weit unter das erträgliche Maß herabgeschraubt hat. Einen großen Teil der Tätigkeit des Verbandes nahm die kassenärztliche Frage in Anspruch. Die letzten Verhandlungen zum Abschlusse des Rahmenvertrages nahmen einen befriedigenden Verlauf, wie sich das Verhältnis zwischen Kassenverbänden und ärztlicher Organisation im Laufe der letzten Zeit überhaupt viel friedlicher und zufriedenstellender gestaltet hat; die Beziehungen sollen durch Errichtung einer paritätischen Arbeitsgemeinschaft, die beschlossen wurde, die Krönung erhalten. Daß nach dem bestehenden Vertrage die Krankenkassen nur mehr organisierte Aerzte anstellen, ist ein besonders begrüßenswerter Fortschritt. Mit den Aerztekammern und der Organisation der tschechischen Aerzte bestehen gute Beziehungen, in allen wichtigen Fragen gehen deutsche und tschechische Aerzte geeint vor, der gegenwärtige Präsident der böhmischen Aerztekammer Dr. Turinsky hat volles Verständnis für die Standesangelegenheiten der deutschen Aerzte. Dem Ausbau der Organisation, der gegenwärtig schon der überwiegende Teil der Aerzte angehört (in manchen Bezirken gibt es keinen unorganisierten Arzt mehr) wird größte Aufmerksamkeit zugewendet. Primararzt Dr. Mager-Brünn berichtete über die Errichtung einer Aerzteversicherung, für die ein von hervorragenden Fachmännern ausgearbeitetes Projekt vorliegt. Die Zahl der Aerzte, die ihren Beitritt erklärt haben, ist jetzt schon so groß, daß das Gelingen des großzügigen Planes gesichert erscheint. Prof. Dr. Ghon erstattete ein Referat über die Notwendigkeit der Einrichtung von Prosekturen an den Provinzkrankenhäusern. Dr. Füger und Dr. Renner berichteten über die Distriktsarztfrage und wiesen auf die einschneidenden Verschlechterungen hin, die die Vorlage über die Verstaatlichung erfahren hat. Die Aerzte werden nicht besser, sondern verhältnismäßig schlechter bezahlt werden als bisher, es wird ihnen aber ein an die Arbeitskraft gewaltige Forderungen stellender Arbeitskreis vorgeschrieben, worin Mangel an sozialem Verständnis und Einsichtslosigkeit liegt; die Volksgesundheit wird dadurch schweren Schaden erleiden. Genosse Dr. Holitscher gibt Aufklärungen über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit; es werden noch einige Monate vergehen, bis die Uebernahme der Aerzte in den Staatsdienst auch wirklich vollzogen wird. — Bei der Wahl wurden die bisherigen Funktionäre einstimmig wiedergewählt.

Ueber die Entdeckung ungeheurer russischer Erzlager, die wir gestern meldeten, berichten russische Zeitungen noch folgendes: Schon seit längerer Zeit wurde im Gouvernement Kursk ebenso wie in den anliegenden Bezirken der Gouvernements Orel und Woronesch bemerkt, daß die Magnetnadel ihre normale Stellung verläßt und stellenweise sogar senkrecht zum Erdboden steht. Als Ursache dieser magnetarischen Anomalie wurde das Vorhandensein von Magneteisenlagern angenommen. Diese Hypothese wurde insbesondere vom Moskauer Professor Leist vertreten, der von 1896 bis 1918 Forschungen auf diesem Gebiete anstellte. Auf Grund der Ergebnisse seiner Forschungen, die in einer Denkschrift an die Akademie der Wissenschaften zusammengefaßt waren, wurde im Jahre 1919 von der Moskauer Zweigstelle der Akademie unter Leitung Professors Lasarew und anderer Gelehrten der Versuch unternommen, durch Bohrungen das Vorhandensein der mutmaßlichen Eisenerzlager festzustellen. Die Verwirklichung dieses Planes wurde in diesen Jahren durch den Mangel an allen technischen Hilfsmitteln ungeheuer erschwert. Die notwendigsten Bohrinstrumente mußten aus dem Kaukasus herangeholt werden, an Stelle der fehlenden Donezkohle, die infolge der Transportschwierigkeiten nicht herangeschafft werden konnte, mußte Holz oder Torf genommen werden usw. Trotzdem wurden alle diese Schwierigkeiten schließlich überwunden und nach einer Reihe von Bohrungen konnte jetzt festgestellt werden, daß in einer relativ geringen Tiefe (140 bis 150 Meter) gewaltige Eisenerzlager vorhanden sind, die an Qualität denen im Eisenerzgebiet von Krivoi Rog (Donezgebiet) gleichen. Der Umfang dieser Eisenerzvorkommen steht vorläufig noch nicht fest. Es wird aber angenommen, daß die Erzlager im Gouvernement Kursk eine Ausdehnung von etwa 200 Kilometern in der Länge und 6 bis 8 Kilometern in der Breite haben. Der Ausbeutung dieser neuen Erzlager stehen natürlich große Hindernisse im Wege, insbesondere der Mangel an technischen Hilfsmitteln und Kapital. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die neuentdeckten Naturschätze in der künftigen Wirtschaftsgeschichte Rußlands eine große Rolle spielen werden.

Raubüberfälle in Gablonz. Freitag nachmittags wurde auf dem Waldwege von Gablonz nach Neudorf der Geschäftsführer Ernst Hoffmann von zwei Männern überfallen, die ihm mit einem Revolver bedrohten. Es kam zu einer Rauferei, doch gelang es Hoffmann, zu entfliehen. — Samstag nachts wurde auf der Straße zwischen Schlag und Wiesenthal bei Gablonz der Händler Stefan Angsten gleichfalls von zwei Männern überfallen. Einer der Täter gab einen Schreckschuß ab, während der andere dem Angsten Paprika ins Gesicht streute. Da der Ueberfallene um Hilfe rief, ergriffen die beiden die Flucht.

Mißglückter Raubüberfall auf einen Geldbriefträger. Am Montag vormittags wurde in der Graupnergasse in Teplitz im Hause des Elektrotechnikers Schulhof der Geldbriefträger Franz Chlouba von einem unbekannten Mann durch zwei Stockschläge niedergeschlagen. Der Geldbriefträger taumelte zwar, verlor jedoch nicht die Besinnung und rief um Hilfe, worauf der Verbrecher von ihm abließ und die Flucht ergriff. Die Verletzungen des Geldbriefträgers, der 38 Jahre im Dienste der Post steht und 61 Jahre alt ist, sind glücklicherweise nicht schwer. Chlouba trug in der Tasche 8000 K bei sich, auf die es der Räuber abgesehen hatte.

Ein Verkehrswachmann überfahren. Montag abends gab der an der Ecke der Nationalstraße und Ursulinengasse in Prag postierte Verkehrswachmann Alois Hejny einem zum Nationaltheater fahrenden Auto und einem in der entgegengesetzten Richtung herankommenden Motozykl die Richtung der Fahrt vorschriftsmäßig an. Das Auto, das von einem gewissen Johann Valter aus Branik gelenkt wurde, fuhr an den Wachmann heran und stieß ihn zu Boden. Der Wachmann wurde ins Krankenhaus überführt, das Auto beschlagnahmt. Der Unfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge.

Ein ungewöhnliches Selbstmordmotiv. Wie aus Preßnitz gemeldet wird, feuerte dieser Tage die 16jährige Julie S. aus einem Revolver einen Schuß gegen sich ab und verletzte sich schwer. Das Mädchen beging die Tat deshalb, weil die Eltern ihr nicht die Erlaubnis gaben, ins Kino zu gehen.

Aus dem Prager Polizeibericht. Auf dem Kreuzberge in Prag Zizkow schoß gestern der 20jährige Arbeiter Anton Hendrych aus Zizkow einige Schüsse in die Luft ab. Als auf die Schüsse hin zwei Wachleute herbeigeeilt kamen, kroch Hendrych auf den in der Nähe befindlichen Steinbruch, schoß sich eine Kugel in die rechte Schläfe und stürzte tot in den Steinbruch hinab. Die Leiche wurde seinen Eltern übergeben. — Gestern nachmittags schoß sich in Zizkow der 22jährige Bergarbeiter Emil Charvat aus Koltsch bei Schlan eine Kugel durch den Kopf. Der Schwerverletzte wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt. — In Unter-Seebach in Kärnten wurde in der Nacht zum 3. April der Kutscher Jakob Sauter ermordet und um 100.000 Kronen beraubt. Als Täter wurde, wie der Prager Polizeibericht meldet, der Kutscher Georg Pissmenny, der nach der Tat in die Tschechoslowakei geflohen war, am 12. Mai in Ostfetitz festgenommen und dem Bezirksgericht in Klattau eingeliefert.

Kleine Chronik.

Flugzeugkatastrophe zwischen London und Paris. Wie aus Paris gemeldet wird, ist ein Flugzeug, das den Verkehr zwischen London und Paris bewerkstelligte, bei Conty an der Somme brennend abgestürzt, wobei sechs Personen in den Flammen zugrunde gingen.

Abschaffung der russischen Klöster. Der vierte allrussische Kirchenkongreß in Moskau entschied sich einstimmig dafür, daß den russischen Bischöfen die Eingehung einer Ehe erlaubt werden soll. Ebenso wurde von der Mehrheit ein Antrag angenommen, der auf die Abschaffung der russischen Klöster abzielt. Die Sitzung endete mit einer heftigen Debatte, die sich an den Vorschlag knüpfte, die Reliquien aus den Kirchen zu verbannen. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß ein solcher Eingriff, der das religiöse Gefühl einer großen Zahl von Gläubigen schwer zu verletzen geeignet sei, unter allen Umständen bekämpft werden müsse. Man wies dabei auf die Vorgänge hin, die sich an die Ausgrabungen in Theben und die als Schändung empfundene Aufdeckung des Grabes von Tut-ankh-Amen geknüpft haben.

Entvölkerung der russischen Großstädte. Ueber die Bevölkerungsbewegung, die durch Weltkrieg, Revolution und Bürgerkrieg in Rußland hervorgerufen wurde, werden jetzt erst genauere statistische Angaben bekannt. So berichtet Roesle auf Grund einer russischen Statistik über die Entvölkerung und allmähliche Neubevölkerung der beiden Hauptstädte Petersburg und Moskau. Die Statistik für Moskau reicht erst bis zum Jahre 1920, die für Petersburg schon bis 1921. Moskaus Einwohnerzahl hatte zu Beginn von 1917 zum erstenmal die zweite Million überschritten, von diesem Höhepunkt sank sie dann in rascher Folge bis 1920 fast auf die Hälfte herab. Merkwürdigerweise hat sich die Eheschließungsziffer, die vor dem Kriege mit 6,8 Eheschließungen auf 1000 Einwohner im Vergleich zu deutschen Großstädten auffallend gering war, während des Krieges nur wenig verändert, stieg aber dann nach dem Kriege und erreichte 1919 mit 17,4 Eheschließungen auf 1000 Einwohner ihr bisheriges Höchstmaß. 1918 war die Sterblichkeit mit 28 auf 1000 noch nicht viel höher als in anderen europäischen Großstädten. Erst im Jahre 1919 fing das große Sterben an. Die Gesamtsterbeziffer belief sich für 1919 in Moskau auf 45.1 pro 1000, 1920 sogar auf 46.2, davon betrug die Sterblichkeit an Tuberkulose 2.69, die an Fleckfieber 8.91, die durch gewaltsamen Tod (ohne Mord) 1.52 auf je 1000. Die Bevölkerungszahl Petersburgs belief sich 1916 auf 2,415.700 Seelen und sank 1920 auf 722.229 herab. Die Eheschließungsziffer, die vorher gering war, stieg nach dem Weltkrieg bis auf 27.7 im Jahre 1920. Die Geburtenziffer, die bereits 1908 zu sinken begann, erreichte 1919 mit 13.8 ihren größten Tiefstand und ist seitdem wieder erheblich gestiegen, nämlich 1921 auf 36.8, womit die höchste Geburtsziffer der europäischen Hauptstädte in diesem Jahre erreicht ist. Verhängnisvoll gestaltete sich das Anwachsen der Sterblichkeit, die von 22.9 auf 1000 im Jahre 1917 auf 72,6 im Jahre 1919 anstieg; 1921 sank die Sterblichkeit auf 33,3 und kam damit wieder unter die Geburtenziffer. Da der Ueberschuß der Sterbefälle über die Geburten von 1915 bis 1920 nur 135.845 betrug, so muß für die starke Bevölkerungsabnahme hauptsächlich die Abwanderung der Bevölkerung angenommen werden.

Primitive Verkehrsmittel. Allen Fortschritten der Zivilisation zum Trotz gibt es in Asien, in Afrika und Amerika noch Gegenden genug, in denen das Verkehrsproblem auch heute noch eine Lösung findet, die im Zeitalter der Kraftfahrzeuge geradezu vorsintflutlich anmutet. Selbst in den Straßen Tokios ist neben den modernen Fahrzeugen beispielsweise noch immer die Riksha, der zweisitzige, auf hohen Rädern ruhende Karren, der von einem kräftigen Lastträger gezogen wird, ein vielbenutztes Verkehrsmittel, das den Passagier in gemächlichem Tempo, dafür aber umso zuverlässiger, an seinen Bestimmungsort befördert. Und in den entlegenen Gegenden des Reiches der aufgehenden Sonne bedient man sich so gut wie ausschließlich der Menschen als Betriebskraft, selbst für längere Reisen. Von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz wird hier ein fahrplanmäßiger Dienst mit fest bestimmten Relais unterhalten, an denen das Zugpersonal so gewechselt wird, wie bei den Postkutschen der guten alten Zeit das Gespann. Auch in Indo-China wie in Pondicherry, der französischen Besitzung an der Koromandelküste von Britisch-Indien, bedient man sich des gleichen Verkehrsmittels; nur sind in Britisch-Indien zwei Mann als Betriebskräfte tätig, von denen der eine das Gefährt zieht, während der andere hinten schiebt. In Südafrika kann man die merkwürdige Beobachtung machen, daß in dem Grade, in dem sich der Wagen verkleinert, die Zahl der Zugochsen zunimmt. Der kleinste Karren wird hier oft von fünf bis zehn Paar Ochsen gezogen, ohne daß er darum schneller vom Flecke käme. In Madeira ist die Ochsendroschke überhaupt das einzige Verkehrsmittel, das mit einiger Aussicht auf Erfolg fast senkrecht abfallende Straßen befahren kann. Die seltsamste Droschke der Welt ist aber der im nördlichen Indien gebrauchte „Kamelbrougham". Es handelt sich hier um einen zweisitzigen Wagen, vor den vier Kamele a la Daumont gespannt sind. Nur Radschas und hohe Regierungsbeamte können sich allerdings den Luxus dieses Beförderungsmittels gestatten; denn außer den vier Kamelen bedarf es, wenn das Gefährt auf der Höhe der Zeit stehen soll, noch des Aufwandes von neun Dienern als Begleiter.

Gerichtssaal.

Aus dem Egerer Schwurgericht.

Vor den Egerer Geschworenen hatte sich dieser Tage der Landstreicher Franz Hahn wegen Verbrechens der versuchten Notzucht, Uebertretung gegen die öffentliche Sittlichkeit und Uebertretung der Landstreicherei und Bettelns zu verantworten. Hahn wurde beschuldigt, daß er am 1. August 1921 in einem Walde bei Mährig ein Dienstmädchen und vier Tage später bei Oversandau eine Taglöhnersgattin überfallen und an beiden einen Notzuchtsversuch begangen hat. Nach durchgeführter Verhandlung wurde Hahn vom Verbrechen der versuchten Notzucht freigesprochen und wegen der anderen Delikte zu vier Monaten Arrest unbedingt verurteilt.

Wegen des Verbrechens der Notzucht und der Schändung, begangen an mehreren Schulmädchen, verurteilte das Schwurgericht in Eger am gleichen Tage den 20jährigen Alois Pfeiffer aus Koslau zu 18 Monaten schweren Kerkers.

Die Egerer Geschworenen hatten sich dieser Tage auch mit einem Raubüberfall durch Valutabettler zu beschäftigen. Am 22. Feber d. J. kamen zwei Burschen in den Laden der Händlerin Margarethe Schindler in Asch und versuchten von ihr eine Unterstützung zu bekommen. Der eine Bursche erhielt von ihr eine Geldunterstützung, der andere, der später in den Laden kam, bekam etwas zu essen. Später kam der eine der Burschen wieder, warf Frau Schindler eine Düte, die Pfeffer enthielt, ins Gesicht und schlug ihr mit einem Stocke über den Kopf. Der Frau gelang es zu entfliehen und um Hilfe zu rufen. Derjenige der Unbekannten, der den Ueberfall durchgeführt hatte, wurde festgenommen und in ihm der bayerische Staatsangehörige Karl Kotz, wohnhaft in Plauen, festgestellt. Dem anderen gelang es über die Grenze zu entfliehen. Kotz hatte sich nun vor den Egerer Geschworenen wegen Raubes, Landstreicherei und Bettelns zu verantworten. Nach durchgeführtem Beweisverfahren wurde er auf Grund des Verdiktes der Geschworenen nur wegen Landstreicherei und Bettelns zu drei Monaten strengem Arrest verurteilt.

„Louis", der Adjutant.

Von Jean Gullier-Boissière. 3

Berechtigte Uebersetzung von Johannes Kunde.

„In Reihen linksum!... Marsch!... Werden diese Lausejungen laufen? Kopf hoch! Eins, zwei! Wagen Sie nicht über mich zu schimpfen! Austreten wollen Sie? Warten Sie, bis „gerührt" wird. Ich pfeife auf Euch!... Noch einmal! Marsch! Marsch! Wegen des Dummkopfs, der wie ein Idiot grinst. Ich werde Ihnen helfen zu lachen, Sie Onanist!"

Als ich wieder an die Front ging, erwartete der Adjudant Bourbax gerade den Jahrgang 1916, um ihm die äußeren Respektsbezeugungen beizubringen.

Der „Louis" wurde erst im Februar 1916 — nach achtzehn Monaten im Depot — durch einen inspizierenden General herausgangelt, dem die Tatsache neu war, daß ein Berufsunteroffizier im Hinterland wertvollere Dienste leiste als im Graben (wo seine Kenntnisse sich als unnütz erweisen.)

„Wann haben Sie die Front verlassen?" fragte der Mann mit den drei Sternen... „Waren Sie verwundet?.... Sind Sie nicht felddienstfähig? Doch?.... Na, warten Sie!"

„Mein General, ich bin syphilitisch", bekannte der Adjudant vertraulich. Die Kehle zog sich ihm zusammen, als er so seine letzte Karte ausspielte.

„Wie alle, mein Freund," versetzte der hohe Offizier und fügte sanft hinzu: „Nächster Transport. Wenn Sie nicht gehen: kassiert, kassiert!"

Acht Tage darauf stieß Bourbax in Souchez zu uns. Er kam im rechten Moment. Unser erstes Bataillon hatte sich gerade den „Tétons" entreißen lassen. Das war ein abscheuliches, lehmiges Gelände, das pfeilartig in die feindlichen Linien hineinragte, ein Gefechtsabschnitt, der nicht zu halten war. Seine Gräben wurden durch Längsbestreichung von beiden Seiten beschossen — aber das Hauptquartier maß ihm eine große Wichtigkeit für den Tagesbericht bei. Als dem Kochkünstler des Brigadechefs eines Abends die Krapfen mißlungen waren, erklärte dieser, das Regiment werde erst Ruhestellung beziehen, wenn es die paar hundert Meter dieses verlorenen Trichters zurückerobert hätte. Zwei Gegenangriffe waren gescheitert, aber mit einem ungenügenden Prozentsatz Gefallener. Und so war der Ehre des heldenhaften Regiments nicht Genüge getan. Der „Louis" kam gerade zum dritten Angriff zurecht.

Der Zufall wollte es, daß unser Mann einer Sektion zugeteilt wurde, wo einer seiner früheren Untergebenen aus der aktiven Dienstzeit und aus dem Bewegungskrieg befehligte; das war ein gewisser Lachapelle, von Beruf Schweineschlächter und querulierender Poilu, — falls es solche überhaupt gab. Dieser Lachapelle, der weder an der Marne noch in den Argonnen, noch in Artois das Glück gehabt hatte, eine Kugel zu erwischen, wurde nicht einmal milder gestimmt, wenn er nach jedem Geschoßeinschlag die Mannschaften prahlen hörte, daß sie auf Seidendaunen in Deauville oder Salies-de-Béarn ruhten, und er ließ seinen Zorn an allen Kameraden und Vorgesetzten aus, die nicht genau soviel Gefahren wie er seit zwei Jahren bestanden hatten. Er war übrigens sehr tapfer, besonders, wenn er den „Cafard" (üble Laune) hatte.

Der bei Fosse Entwischte wurde von diesem Brausekopf übel empfangen:

„Ah, da bist du ja du Hasenfuß!" rief er beim Anblick von Bourbax, der schmutzstarrend auf dem Bretterboden des Grabens heranschwankte. „Sag, mein Junge, das ist dein Beruf, dein Geschäft nicht wahr? Nun, ich will dir was sagen: die verlorene Zeit wird nachgeholt und schnell. Also, wenn du morgen nicht als der erste — der erste — vorgehst, rammle ich dir mein Bajonett in den Wanst... verstanden?"

Bourbax' Gesicht wurde grün.

Am anderen Morgen empfing ihn Lachapelle — am Fuß einer jener kleinen Leiter, welche die Poilus „Schafotte" getauft hatten — mit ausgesuchte Höflichkeit:

„Ich bitte: gehen Sie als erster. Das wird sich vor den Leuten gut machen."

Die beiden Männer machten Seite an Seite ihre ersten Sprünge in „no man's" Land. Da erhaschte der Soldat die von Feldzugsbeginn erhoffte Kugel, aber sie traf ihn zwischen beide Augen und bereitete allen seinen Träumen von einer Sommerfrische in den Pyrenäen ein rasches Ende. Gleichzeitig bekam der Adjudant einen Schuß in den Biceps und ein Geschoßsplitter streifte seine Stirn.

Niemals sahen die Sanitäter einen Krieger schneller der Verbandsstation im Holweg zueilen. Da seine kleine Stirnwunde ziemlich stark blutete, ließ ihm der Arzt einen breiten Verband um den Kopf anlegen. Es sah aus, als wenn ihm der halbe Schädel weggerissen worden wäre. Und Bourbax hielt, mit dem Arm in der Binde, umwickelten Schopfes einen geradezu mumienhaften Einzug — auf einer von ihm verlangten Bahre — in den Ruinen von Ablain.

Sein General, der seine Pfeife am Eingang des bombensicheren Unterstands rauchte, bemerkte den unechten, Schwerverwundeten und näherte sich ihm als Chef, der sich seiner Pflichten, wenn nicht seiner Verantwortlichkeit, bewußt war, um ihm sein lebhaftes Bedauern auszudrücken.

Während der achtzehn Monate im Depot hatte der „Louis" Muße gehabt, in Kalendern die Antworten auswendig zu lernen, welche sterbenden Helden Generalen zu geben pflegen. Sich auf der Bahre etwas aufrichtend, sagte er schlicht:

„Was liegt an meinem Leben? Es gehört Frankreich."

Vierzehn Tage später erfuhr Bourbax, während er sich in der Halle eines großen Pariser Hotels auf der Chaiselongue räkelte, kurz nacheinander zwei sehr interessante Neuigkeiten: infolge eines schlecht angelegten ersten Verbandes sicherte ihm seine Armwunde dauernde Untauglichkeit. Und er war zum Ritter der Ehrenlegion mit einer geradezu berauschend schönen „Zitation" ernannt worden.

Das letzte Mal sah ich Bourbax nach meiner Entlassung. Im Kasernenhofe hielt der Adjutant eben eine Ansprache an die 27. Rekrutengeneration, die ihm als dem erfahrenen Instruktor — im Hinblick auf die nächsten „letzten" Kriege — anvertraut war. Er schlug sich auf die Brust, auf der die Militärmedaille für zwanzig Jahre einwandfreien Dienstes und das Band der Ehrenlegion mit dem Kriegskreuz als Belohnung für Geistesgegenwart auf dem Schlachtfeld prangte. Er schrie gerade:

„Ja, Ihr Jungens, wir, die wir den großen Krieg mitgemacht haben..."

Ende.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Zentralgewerkschaftskommission gegen die Auflösung des tschechischen Schuhmacherverbandes.

Die Exekutive der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in ihrer gestrigen Sitzung vor Eingang in die Tagesordnung folgende Erklärung:

Zur Nachricht von der Auflösung des tschechischen Schuhmacherverbandes mit dem Sitz in Prag gibt die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes ihrer Empörung gegen diesen unerhörten Angriff auf das gewerkschaftliche Organisationsrecht Ausdruck. Im Zuge der politischen Reaktion, die in diesem Staate einsetzt und die durch das neue Gesetz zum „Schutze" der Republik ihren traurigsten Ausdruck findet, wird nun diesen Auflösungsakt des Ministeriums des Innern deutlich gezeigt, daß auch die Gewerkschaftsorganisationen von der Reaktion bedroht sind. Die Auflösung einer gewerkschaftlichen Organisation mit der Begründung ihrer „politischen Tätigkeit" führt uns in die vormärzliche Zeit des Kampfes der Gewerkschaften um ihre Existenzberechtigung zurück. Aber selbst im alten Oesterreich war schon jahrelang eine solche Auflösung ausgeschlossen. Der Erlaß des Ministeriums des Innern ist aus der Zeit entlehnt, in der die Gewerkschaften Deutschlands den Kampf um ihren Bestand mit dem wilhelminischen Polizeistaat zu führen hatten. Dieser Vergleich soll aufzeigen, wie schändlich dieser beginnende Kampf der Regierungsgewalt in einer sogenannten demokratischen Republik wirken muß.

Die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes protestiert gegen diesen Auflösungsakt und wird zur Wahrung der Interessen der ihr angehörenden Organisationen alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen das Wiederaufleben einer solchen behördlichen Praxis gegen die Gewerkschaften anwenden. In einer Zeit, in der in stark erweitertem Aufgabenkreise die Gewerkschaften nebst der Lohnpolitik die Träger des Wirkens in den Fragen des Arbeitsrechtes und der Sozialpolitik sind, kann unter dem Titel der Ausübung politischer Tätigkeit jede Gewerkschaftsarbeit unmöglich gemacht werden, wenn die Auflösungspraxis, wie sie durch das Ministerium des Innern begonnen wurde, Schule macht.

Wie es gemacht wird! Aus eins zwei zu machen treffen die Unternehmer genau so leicht, wie die Hexe im „Faust", wenn es gilt, den Arbeitern einen Beweis mit Hilfe der Wissenschaft vor Augen zu führen. Derzeit wird im Deutschen Reiche ein heftiger Kampf um das Arbeitszeitgesetz durchgeführt und die Unternehmer lassen es nicht an unwahren Behauptungen fehlen, um die deutsche Arbeiterschaft irrezuführen. Da hat nun der Geschäftsführer des Verbandes der Glasindustriellen in Deutschland, Dr. Habersbrunner, im Sozialpolitischen Ausschusse des provisorischen Reichswirtschaftsrates am 22. März 1923 wiederholt von einer Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit in der Tschechoslowakei auf eine zwölfstündige gesprochen. Er verwies ausdrücklich „auf die Gesetzgebung in der Tschechoslowakei, die den Achtstundentag aufgehoben und in den Zwölfstundentag verwandelt hat." Der bekannte Professor Lujo Brentano hat sich nun, da ihm diese Behauptung unwahrscheinlich schien, an einen unserer Prager Genossen gewendet, der ihm natürlich mitteilte, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort sei. Man ersieht aus dieser kleinen Begebenheit, wie streng es die Unternehmer mit der Wahrheit nehmen, wenn es sich um ihre Tasche handelt.

Aus dem sozialen Institut. Die erste Sektion des sozialen Instituts in der tschechoslowakischen Republik (für theoretische Forschung) hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Universitätsprofessor Dr. Foustka, zu dessen Stellvertreter Dr. Chalupny und zum Geschäftsführer Professor Dr. Macek gewählt. Es wurde die Herausgabe einer sozialistischen Bücherei beschlossen.

Eine Firma, die keinen Betriebsausschuß haben will. Die Firma A. Lanna, Reparaturwerkstätte in Czalositz bei Leitmeritz will keinen Betriebsausschuß haben. Sie verweigerte auch ihre Zustimmung zur Errichtung desselben, weshalb die Arbeiterschaft (Schiffbauer und Metallarbeiter) gezwungen war, im März 1922 die Errichtung des Betriebsausschusses ohne Zustimmung der Firma durchzuführen. Die Firma focht die Wahl an, wurde aber vom Gewerbeinspektorat für Wasserstraßenbau in Prag abgewiesen. Mittlerweile wurde in Leitmeritz die Schiedskommission errichtet. Die Firma brachte nun auch hier die Beschwerde ein, wurde aber gleichfalls abgewiesen und die Wahl des Betriebsausschusses wurde bestätigt. Nun ergriff die Firma die Beschwerde an den Obersten Verwaltungsgerichtshof, der zwar den Betriebsausschuß nicht aufhob, jedoch eine neuerliche Verhandlung vor der Schiedskommission anordnete, weil die Schiedskommission nicht ordentlich zusammengesetzt war. Bevor nun die Schiedskommission neuerlich entscheiden konnte, entließ die Firma am 20. Jänner 1923 alle Arbeiter (auch den Betriebsausschuß) und begründete dies mit der völligen Einstellung des Betriebes und damit, daß auf Grund obiger Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ein Betriebsausschuß überhaupt nicht besteht. Dagegen entschied die Schiedskommission am 4. April 1923 neuerlich, daß der Betriebsausschuß zurecht bestand. Die Organisationen des deutschen Bauarbeiterverbandes und der Metallarbeiter stellten nun bei der Schiedskommission den Antrag, die Firma A. Lanna zu verhalten, den Mitgliedern und Ersatzmännern des Betriebsausschusses den entgangenen Verdienst zu bezahlen und sie wieder in ihre frühere Arbeit einzustellen, weil die Firma nicht berechtigt war, die Entlassung ohne Zustimmung der Schiedskommission durchzuführen. Die Firma rückte nun wieder mit einer Reihe von Ausflüchten heran und behauptete u. a. auch, wodurch der Betriebsausschuß — auch wenn er bestanden hätte — zu bestehen von selbst aufgehört hätte. Die beiden Bevollmächtigten des Betriebsausschusses, die Genossen Bursch-Leitmeritz und Anton Müller-Aussig erbrachten jedoch den Beweis, daß die Behauptungen der Firma unwahr sind und daß im Betriebe, wenn auch nur eingeschränkt, so doch laufend gearbeitet wurde. Uebrigens ging dies auch aus den bei der Bezirkskrankenkasse gemachten Anmeldungen klar hervor. Die Schlußverhandlung vor der Schiedskommission fand am 5. Mai l. J. statt. Im letzten Moment vor der Urteilsfällung versuchte der Vorsitzende Landesgerichtsrat Polak einen Ausgleich herbeizuführen, dem nun auch die Firma zustimmte. Die Mitglieder des Betriebsausschusses und die Ersatzmänner (zusammen sechs Mann) erhielten eine Entschädigung von 10.000 K (zehntausend Kronen) und werden wieder eingestellt. Vor acht Wochen darf niemand gekündigt werden. Daraus kann die Arbeiterschaft ersehen, was Einigkeit vermag.

Gründung eines internationalen Bundes der geistigen Arbeiter. Zu Anfang April d. J. tagte in Paris der erste Kongreß von Vertretern der Zentralorganisationen der intellektuellen Arbeiter, über welchen die vom internationalen Arbeitsamt herausgegebene Zeitschrift „Informations sociales" berichtet. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß Organisationen zur Förderung der Interessen der intellektuellen Arbeiter schon seit langem bestehen. Seit dem Krieg trat jedoch eine Tendenz zur Zentralisation dieser Organisationen hervor, und in verschiedenen Staaten wurden Spitzenverbände geschaffen, um bestimmte soziale und wirtschaftliche Programme durchzuführen. Der französische Bund intellektueller Arbeiter wurde 1920 gegründet, gleichzeitig ungefähr entstanden der Zentralrat der geistigen Arbeiter Oesterreichs und der Nationalverband der gelehrten Berufe, Techniker, Verwaltungs- und Aufsichtsbeamten. Auf dem zu Paris stattgefundenen Kongreß waren offiziell vertreten: Belgien, Bulgarien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Oesterreich, Rumänien und die Schweiz; außerdem waren als Beobachter anwesend Vertreter von Dänemark, Griechenland, Italien, Kanada, den Niederlanden, Norwegen, Persien, Polen, Serbien, Schweden, und Tschechoslowakei. Es stellte sich heraus, daß die vertretenen Organisationen zwar etwa gleichzeitig entstanden waren und dieselben Ziele verfolgten, in ihrer Zusammenstellung aber doch beträchtliche Unterschiede aufweisen. Die Organisationen von Belgien, Bulgarien, Frankreich, Rumänien und der Schweiz umfassen intellektuelle Arbeiter aller Art, die unabhängig von den Interessen der Unternehmer wie der Handarbeiter sind. Die österreichische Organisation hat einen weiteren Bereich, sie erstreckt sich auf nahezu alle Arbeiter, die außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehen. Die britische Organisation besteht zumeist aus Personen, die mit Gehalt angestellt sind, ihre Satzungen verbieten aber nicht die Aufnahme von Angehörigen der freien Berufe. Die finnländische Organisation beschränkt sich auf öffentliche Beamte. Der Kongreß beschloß die Gründung eines internationalen Bundes der intellektuellen Arbeiter und die Abhaltung einer zweiten Tagung zu Paris im Dezember 1923.

Der Kampf um den Arbeitslohn in Sowjetrußland. Angesichts der wachsenden Teuerung haben die Bestrebungen der leitenden kommunistischen Wirtschaftler, das Defizit der Staatsindustrie u. a. durch Ersparnisse an Löhnen abzubauen, Erregung in den Gewerkschaften und den breiten Kreisen der russischen Arbeiterschaft hervorgerufen. Diese Tatsache kam auf dem Moskauer Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei wiederholt zum Ausdruck. Der Linkskommunist Larin warf dem Zentralkomitee der Partei vor, daß es aus politischen Rücksichten die Arbeiterlöhne herabdrücke, um die Bauernschaft zu schonen, welche letzten Endes das Defizit der Staatswirtschaft zu tragen hat. In seiner Erwiderung erklärte Sinowjew, in dieser schwierigen Frage habe man eine mittlere Linie wählen müssen. Er verwahrte sich dagegen, daß die Lohnfrage in die Debatte gezogen werde. „Dies ist", fuhr er fort, „die delikateste und heikelste Frage, die nicht geeignet ist, damit zu spielen. Man darf hierüber keine Polemik entfesseln. Die Partei weiß genau, daß die Arbeiter es schwer haben und die Löhne gehoben werden müßten, daß aber zugleich Bankrott und politischer Untergang eintreten würde, falls wir vergeuden, was wir an Wirtschaftswerten noch behalten haben." Die Gewerkschaften ließen erklären, sie hätten in die Einstellung der weiteren Lohnsteigerung in den Industriebranchen eingewilligt, in welchen ein mittleres Lohnniveau erreicht sei, und würden sich auf die Erhöhung der Löhne in den noch rückständigen Branchen und im Transportwesen beschränken. Die durchschnittliche Höhe der Reallöhne wurde auf 47 bis 50 Prozent der Vorkriegslöhne beziffert (die ihrerseits bereits weit unter dem Niveau der mitteleuropäischen Löhne sich befanden). Im April hat das obligatorische Lohnminimum 100 Rubel Muster 1923 monatlich in Moskau und Petersburg sowie 60 bis 75 Rubel in der Provinz betragen. Die Höchstgrenze für Löhne für Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben war auf 3200 bis 3800 Rubel festgesetzt. Der Betrag von 100 Rubel Muster 1923 war Anfang April d. J. gleich 1.6 Dollar und bildete in Moskau den Gegenwert von etwa 84 Pfund Roggenbrot, während der Wert einer Monats-Lebensmittelration auf 235 Rubel veranschlagt wurde.

Ein amerikanischer Maschinistenverband als Schiffsreeder. Wie aus New York gemeldet wird, hat der Geschäftsführer eines amerikanischen Maschinistenverbandes dem Marinedepartement der Vereinigten Staaten 60.000 Pfund Sterling für drei Schiffe geboten. Der Geschäftsführer, namens Healey, gab an, daß sein Verband zunächst beabsichtige, mit diesen drei Fahrzeugen Küstenfahrt zu betreiben. Er hoffe, dabei Gewinn zu erzielen und seinen Reedereibetrieb auch auf Ueberseefahrt ausdehnen zu können.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16'55.00
Berlin	Mark 132.500
Wien	österr. Kr. 211'200

Prager Kurse am 15. Mai.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1318.—	1322.—
10.000 Mark	7.90 00	8.60'00
100 belg. Franks	194.00	195'50
100 schweiz. Frank	599'75	602'25
1 Pfund Sterling	155.00'00	156.50'00
100 Lire	162.25'00	163.75'00
1 Dollar	33.80'00	34.20'00
100 franz. Franks	229'75	232'25
100 Dinar	35.25'00	35.75'00
10.000 magyar. Kronen	63.00'00	67.00'00
10.000 poln. Mark	6.52'50	7.52'50
10.000 österr. Kronen	4.00.00	4.10'00

Züricher Schlußkurse am 15. Mai.

	Geld	Ware
Paris	30.75'00	30.85'00
London	25.05'00	25.07'00
Berlin	0.01.12'20	0.01.12'70
Mailand	26.95'00	27.05'00
Holland	216.80	217.20
Wien	0.00.77.57	0.00.78'75
Budapest	0.03.50	0'10'50
Prag	16.42'50	16.52'50
New York	5.54'50	5.55.25
Belgrad	5.70.00	5.80'00
Sofia	0.01.14'00	0.01.18'00
Wien gest.	0.00'00	0.00'00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Mittwoch „Rheingold"; Donnerstag (Arbeitervorstellung) und Freitag 5. philh. Konzert Achte Mahler-Symphonie; Samstag wegen technischen Schwierigkeiten statt „Trommeln in der Nacht" Verdis große Oper „Ernani" mit Richard Kubla; Sonntag nachmittags „Die Bajadere", abends die neuinszenierte Wagner-Oper „Der fliegende Holländer"; Montag nachmittags das Studenten-Schauspiel „Alt-Heidelberg", abends „Katja, die Tänzerin".

Kleine Bühne. Heute Abschiedsabend Paul Morgan „Die javanische Puppe"; Freitag und Sonntag nachmittags das neue Lustspiel „Das blaue Wunder"; Samstag „Die kleine Sünderin"; Pfingstsonntag und Pfingstmontag „Leonce und Lena"; Pfingstmontag nachmittags „Ehenurlaub".

Mahlers VIII. Symphonie. Donnerstag, den 17. im Neuen Theater, halb 8 Uhr, Generalprobe von Mahlers VIII. Symphonie als Veranstaltung des Vereines deutscher Arbeiter. Kartenverkauf bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25 (Kleiner Basar).

Literatur.

Gerhart Lütkens: Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaatensystem (J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin 1923). Ueber Deutschlands Außenpolitik lag bisher aus der Feder eines linksstehenden Autors nur ein bedeutendes Werk vor, Veit Valentins „Auswärtige Politik Deutschlands 1890—1918". Es ist sehr umfangreich, behandelt vornehmlich die Kriegszeit und gibt fast nur politische Geschichte. Das sind Mängel, die bei aller Anerkennung der Vorzüge des Buches nicht übersehen werden dürfen. Um so erfreulicher ist es, daß die „Internationale Bibliothek" nun in der Arbeit von Dr. Gerhart Lütkens ein Buch vorlegt, mit dem wir — ohne es dabei vorgreifend als restlos vollendet hinstellen zu wollen — doch recht einverstanden sein können. Es ist vor allem klug von Lütkens, seine Darstellung mit der Reichsgründung zu beginnen; dadurch ist als fester Angelpunkt die kleindeutsche Entscheidung im Kampfe um die Vorherrschaft gegeben und der richtige Kerngedanke erfaßt, daß die Niederlage der großdeutsch-demokratischen Idee den Ausgangspunkt für die deutsche Geschichte bis 1918 bietet. Der Grundirrtum und die Fehler Bismarcks treten gebührend hervor und der Krebsschaden der deutschen Politik, der in ihren Voraussetzungen mehr als in allen methodischen Entgleisungen liegt, wird klar umrissen dargestellt. Wie sich aus diesen Voraussetzungen, der bürokratischen Struktur des Reichsregiments und den konservativen Prinzipien der Wilhelmstraße, erst die Möglichkeit der großen Fehlgriffe und der faux pas einzelner unverantwortlicher Persönlichkeiten ergibt, hat Lütkens gut herausgearbeitet. Schätzenswert ist, daß er die Chancen der deutschen Außenpolitik vor dem Kriege objektiv abwägt und bei aller Würdigung des kontinentaleuropäischen Gedankens mit seinem ersten Erfolg beim Frieden von Schimonoseki, nicht in den Fehler der „Sozialistischen Monatshefte" verfällt, den anglophilen Standpunkt kritiklos abzulehnen. Die Vorzüge des Werkes gehen vor allem darauf zurück, daß Lütkens die materialistische Geschichtsauffassung konsequent anwendet. Er geht in jedem Abschnitt von den wirtschaftlichen und weiter dann den gesellschaftlichen Verhältnissen aus und kommt so zu fast unanfechtbaren Ergebnissen. So erscheint der Krieg bei ihm zwar als die Folge ökonomischer Gegensätze sein Eintritt wird aber auf die tieferen Ursachen der Unfähigkeit der bürgerlichen Politik zurückgeführt. Die Kriegsschuldfrage erscheint im Gegensatz zu Kautsky gewagtem und verfrühtem Fehlurteil im richtigen Licht als geteilte Schuld des Zarismus, des Berliner Cäsarismus, der falschen Politik Oesterreichs, der Hetze der französischen Revanchepolitiker und der Lässigkeit Sir Edward Greys, der sich von Rußland die Zügel entreißen ließ. Gern stellt man fest, daß ein deutscher Sozialist jetzt zu demselben Ergebnis kommt wie der Vertreter der Labour Party in diesen Fragen E. D. Morel (The Tsardom and the war 1917. Das Gift, das zerstört 1922). Die politischen Ausblicke, die Lütkens am Schlusse seines Werkes gibt, machen den Eindruck von richtig gedachten, durch ernste wissenschaftliche Forschung gewonnenen Ueberzeugungen. Das Buch ist ein großer Erfolg, nicht nur seines Autors, sondern der sozialistischen Wissenschaft überhaupt und auch unsere Gegner werden an ihm nicht achtlos vorübergehen können. Fr.

Turnen und Sport.

Heutige Wettspiele in Prag. Die Prager Slavia tritt heute um halb 6 Uhr auf ihrem Platze gegen den West Ham United FC. an. — DFC. spielt gegen den 1. CSK Preßburg. — Auf dem Slaviaplatz spielen vor dem Wettspiel der Slavia gegen die Engländer zuerst die Slaviareserven gegen eine Studentenelf und dann Hagibor Prag gegen Sportbrüder Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch**, Prag.
Graben 25, Kl. Bazar.
1392

Die beste Reklame war und ist bisher die gute Qualität der angepriesenen Ware. Diesem alten Erfahrungssatz verdanken die bekannten Berson-Gummiabsätze und Gummisohlen ihre große Verbreitung trotz der vielen auf den Markt gebrachten ähnlichen Fabrikate. Aus den besten und edelsten Rohstoffen hergestellt, ist ihre Qualität stets von gleicher hervorragender Güte und werden dieselben immer wieder von jenen verlangt, welche einmal Berson-Gummiabsätze und Gummisohlen in Benützung genommen haben. 1622a

Herausgeber: Dr Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Jodbad Darkau Ost-Schles. Č.S.R.
Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn.
Stärkstes Jodsol-Brombad
gründl. den hyg. Anforderungen entsprechend, renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch veraltete Formen), Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Frauenleiden, chronische Hautleiden, Arterienverkalkung usw., besonders günstig für Kinder.
Kinder-Pensionat für Kinder ohne Begleitung.
Kurrestauration in Eigenregie. 1636
Saison vom 1. Mai bis 30. September.
Prospekte u. Auskünfte d. die Badeverwaltung.

Piering-Senf u. Essig
ist der beste!
aus
zu haben in allen Konsum-Vereinen.

Sozialistische
Theater-Stücke
und
Vortragsbücher
für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht.
Buchhandlung Freiheit,
Teplitz-Schönau,
Theresiengasse 18.

Konkurs-Ausschreibung.

Bei der **Bezirksverwaltungskommission Hainspach** gelangt die Stelle eines

Rechnungsbeamten

zur Besetzung.

Mit diesem Posten sind die Bezüge der X. Rangsklasse, 2. Stufe des Bezirksbeamtengesetzes vom 23. Juli 1919, Nr. 444 nebst Teuerungszulagen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. April 1920, Nr. 312 Slg. d. Ges. u. Verordnungen, verbunden.

Bewerber müssen der deutschen und tschechischen Sprache in Wort und Schrift, der Stenographie, Maschinenschreibens und der kameralistischen Buchführung vollständig mächtig sein und den Befähigungsnachweis nach § 3, Abs. 3 des oben zitierten Bezirksbeamtengesetzes erbringen. — Der Bewerber hat außer dem Rechnungsarbeiten auch die Arbeiten des Manipulationsdienstes und event. Konzeptsarbeiten mitzubesorgen. — Die Anstellung erfolgt provisorisch auf die Dauer eines Jahres und wird bei zufriedenstellender Leistung die definitive Anstellung zugesichert.

Bewerber um diese Stelle wollen ihre selbstgeschriebenen Gesuche unter Beischluß der Zeugnisabschriften über ihre theoretische und praktische Vorbildung, der Heimatszuständigkeit, ihrem bisherigen Wohlverhalten und ihres Gesundheitszustandes bis **15. Juni 1923** bei der **Bezirksverwaltungskommission Hainspach** einbringen.

Bezirksverwaltungskommission Hainspach
Der Vorsitzende: **Heinrich Kumpf** m. p. 1640